

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 920

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheftene Postzeitung: ober: deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Sonnabend, den 22. Juni 1918.

25. Jahrg.

Die Frühjahrs-offensive.

Von Richard Gädle.

Gestern waren es drei Monate, daß der deutsche Angriffsfeldzug im Westen begonnen hat. Wir werden uns in diesem Augenblicke Rechenschaft über das ablegen dürfen, was bisher erreicht wurde.

Gewiß noch keine entscheidenden Ergebnisse. In so kurzem Zeitraum waren sie unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erwarten. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir noch immer die Gesamtkräfte von Frankreich und England, vermehrt um Hunderttausende von Braunen und Schwarzen und unterstützt durch die Streitkräfte der großen englischen Kolonien, außerdem ein stattliches Heer von Amerikanern uns gegenüber haben. Ihnen konnte Deutschland aber noch nicht einmal seine gesamte Heeresmacht entgegenwerfen, denn zu gleicher Zeit führten wir noch einen Feldzug in Finnland, an den Grenzen der Ukraine und in der Arim; wir hielten Rumänien besetzt und unterhielten ein Heer in Mazedonien. Wenn wir in Frankreich überhaupt eine Ueberlegenheit an Kopfstärke besäßen, so konnte sie jedenfalls nur gering sein. Selbst ein solches Verhältnis konnte nur erreicht werden, indem wir unsere Volkskraft besser als unsere Feinde für die Kampfzonen zu verwerten wußten, und nachdem die französischen und englischen Streitkräfte durch unergieblich blutigere Verluste in den vergangenen Jahren geschwächt waren. Durch überlegene Organisation, Kriegstüchtigkeit und Führung haben wir mit unserer Volkskraft (aber auch mit unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) besser haushalten verstanden als unsere Gegner. Auf keinem anderen Wege war es möglich, diesem schweren Kampf gegen drei Viertel der Menschheit siegreich durchzuführen und uns der Schlüsselstellung in so ausichtsreicher Verfassung zu nähern. Hier liegt eine Ruhmesstat des deutschen Volkes vor, die die Jahrhunderte überbauern wird.

Wenn Lloyd George und andere trotzdem behaupten, daß wir in den Frühjahrskämpfen wie fünf gegen einen gefochten hätten, so liegt die kindliche Uebertreibung auf der Hand. Wo an einzelnen Brennpunkten der Schlachten eine fühlbare Ueberlegenheit der deutschen Truppen vorhanden war, konnte sie nur durch eine ebenso geschickte, wie wagemutige Führung bereitgestellt werden, und nur so, daß wir zum Erlasse weniger wichtige Fronten mit einer Minderheit hielten. Ein Vorteil, den sich im allgemeinen nur der Angreifer leisten kann, der den Gegner unter das Gebot seines Willens bringt.

Die Aufgabe der deutschen Heeresleitung für den Frühjahrsfeldzug konnte nur die sein, dem Gegner allmählich eine härter anschwellende Zahlenüberlegenheit zu verschaffen, um für die entscheidenden Schlachtkräfte des Feldzuges die militärisch notwendigen Vorbedingungen zu gewinnen. Dazu kommt aber ein anderes Ziel, dessen ausschlaggebender Einfluß auf den Ausgang der Kriege gewöhnlich unterschätzt wird. Das ist die Einwirkung auf die Seelenstimmung des Feindes, die Verminderung seiner Siegeszuversicht bis zur völligen Hoffnungslosigkeit, die Stärkung der Volkstreue, die einem Frieden geneigt sind, bis sie sich in der Regierung des feindlichen Landes mit zwingender Gewalt durchsetzen. Daß hierfür nicht nur rein kriegerische, sondern daneben auch diplomatische Mittel in Betracht kommen, sei beiläufig erwähnt; auch ein Napoleon hat sich ihrer, häufig mit großem Erfolge, bedient. Jedenfalls aber ist das Niederzwingen der feindlichen Willenskraft eines der wichtigsten Ziele, das sich auch der Feldherr setzen kann. Seine eigenen Siege und die Mißerfolge des Feindes sind der Weg, auf dem die sittlichen Kräfte von Heer und Volk allmählich gebrochen werden.

Denken wir an die Äußerungen Clemenceaus aus dem Beginne seiner Herrschaft und noch an seine Prophezeiung vom 13. April, daß binnen zwei Monaten der große Umschwung auf dem Kriegsschauplatz eintreten werde, und vergleichen wir damit seine jüngsten Reden, so werden wir finden, daß der Tiger doch schon sanfter geworden ist. Auch in den regierenden Kreisen von England scheint sich allmählich ein Umschwung vorzubereiten. Man muß hierbei in Berücksichtigung ziehen, daß ihre Worte immer dröhnender und zuverlässiger klingen werden, als ihre Stimmung in Wahrheit ist. Noch, wenn sie entschlossen sind, zur Friedenskonferenz zu gehen, werden sie erklären, daß ihnen der Endsieg sicher sei, und werden uns zu schreien suchen. Die tapferen, zum äußersten entschlossene Mienen muß über das eigene Herzklappen hinwegtäuschen.

Aber auch innerhalb der rein militärischen Grenzen hat unsere Heeresleitung die Ziele erreicht, die sie sich zunächst setzen konnte. Manchem von uns dünkt der Feldzug zu langsam, und das ist wohl erklärlich in den Schwierigkeiten, in denen auch wir uns natürlich befinden. Vier Jahre eines solchen Kampfes gehen an niemandem spurlos vorüber; und wir dürfen doch wohl gestehen, daß wir die furchtbare Probe, die uns auferlegt war, gut bestanden haben. Wedrigens hätte uns unsere eigenen Leistungen herabziehen, wenn wir nicht auch der jähen Widerstandskraft von Franzosen und Engländern Anerkennung widerfahren ließen. Die Unmöglichkeit, die Schlachtkräfte rasch gegenüber den Erfolgen unseres Angriffsfeldzuges rasch gegenwärtig. Wir haben innerhalb von drei Monaten fünf Schlachten gewonnen —

drei größere und zwei kleinere — und haben eine derartige Reihe ununterbrochener Schlachttage durchgekämpft, wie es noch niemals in der Geschichte gewesen ist, auch nicht in dem an Dauerkämpfen reichen russisch-japanischen Kriege. In diesen Kämpfen haben wir den Gegnern über 212 000 Gefangene, 2800 Geschütze, ungezählte Tausende von Maschinengewehren und eine unermessliche Fülle anderen Kriegesgerätes abgenommen. Allmählich muß diese Einbuße die Ueberlegenheit an Waffen und Stoffen aller Art, deren sich unsere Gegner erfreuen, beträchtlich herabmindern, um so mehr, als auch ihnen der Ersatz immer schwieriger wird, aus Mangel an Rohstoffen, an Arbeitern und durch die Tätigkeit unserer U-Boote. Ein Teil des Gerätes aber geht unmittelbar in unseren Gebrauch über, und das ist noch wertvoller für unser Durchhalten. Daneben gehen dann die riesigen blutigen Verluste unserer Gegner einher. Es ist sehr die Frage, ob sie die mehr als eine halbe Million Menschen, um die sie an der Front geschwächt wurden, in absehbarer Zeit überhaupt ersetzen können, es ist vielmehr ganz unwahrscheinlich. Jedenfalls aber sind sie gezwungen, den Abgang an ausgebildeter Mannschaft durch ungeübte Weichen zu decken; das hat sich in der Wisneschlacht bereits sehr fühlbar gemacht. Daß wir ganz unvergleichlich geringe Verluste gehabt haben — und auch aus dem Grunde nach Erreichung unserer nächsten Ziele unserer Unternehmungen dort abgebrochen haben, wo weitere Erfolge nur durch unergieblich Opfer zu erkämpfen waren — ist über allen Zweifel erhaben. Wenn es auch nicht hundertprozentig ist, es in diesem Augenblicke durch bestimmte Zahlen zu belegen! Es ist eine Erfahrung des jetzt tobenden Krieges, daß wohl vorbereitete, durch Geschütz gut unterstützte Angriffe, wenn sie glücken, in den ersten Kampfzügen dem Angreifer weit geringere Opfer auferlegen als dem Verteidiger. Erst im weiteren Verlaufe der Kämpfe schwoften dann auch des ersteren Verluste allmählich an.

Der Kampf gegen die feindlichen Reserven ist also der deutschen Heeresleitung gut geglückt. Der Zufluß an Amerikanern, obwohl man alles getan hat, ihn zu steuern, und sogar den Verpflegungsnachschub teilweise herabsetzte, hat die Verminderung der feindlichen Kräfte wohl verzögert, aber nicht aufhalten können; und er ist noch dazu an Kampfeswert nicht ebenbürtig.

Aber die feindlichen Heere sind auch durch unsere Siege sonst in eine militärisch immer ungünstigere Lage veretzt worden. Der schmale Raum, der sie von der Küste trennt, wird von ihnen selbst als gefährlich betrachtet; ihre Lage um Ypern ist keineswegs beneidenswert, das Vordringen an der Marne gegen Compiègne und auf das Höhenland südlich Laingny-Ronon hat uns gegen Unternehmungen Hochs gut gesichert; die Annäherung in der Richtung auf Paris aber liegt den Franzosen wie ein Alb auf der Brust und stört ihre Handlungsfreiheit.

Somit dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß der vorbereitende Frühjahrsfeldzug uns alle Vorteile gebracht hat, die wir erwarten durften. Wir treten mit guten Aussichten, die Feinde aber mit merklichen Beklemmungen in den Sommerfeldzug ein.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

W.B. Berlin, 21. Juni, abends. (Amtlich.)
Von den Kampfzonen nichts Neues.

Die Kämpfe in Italien.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Juni. (Amtlich.)

Der Feind setzte seine Anstrengungen, uns die westlich der Piave erlangten Erfolge wieder zu entreißen, auch gestern in unverminderter Heftigkeit fort. Seine Opfer waren abermals vergebens. Alle Anstürme brachen an dem unerschütterlichen Widerstand unserer heldenhaften Truppen zusammen. Zu besonderer Wucht steigerte sich das Ringen auf der Karst-Hochfläche des Montello, wo an den flüchtig ausgeworfenen Beobachtungsposten der Division des Feldmarschallleutnants Ludwig Goiginger Sturmwellen auf Sturmwellen zerbrachen. Ueberall stand Mann gegen Mann im Handgemenge. Auf Frontbreite von 2 Kilometern ballte der Feind Sturmtruppen in der Stärke von 8 Regimentern zusammen, um den Wall unserer Braven ins Wanken zu bringen. Gewaltiger Kräfteverbrauch zwang die Italiener, Reserve auf Reserve in die Schlacht zu werfen. Neben großen blutigen Verlusten nimmt auch keine Einbuße an Gefangenen ständig zu. So wurden am vorletzten Gesichtstage auf dem Montello allein 3298 Mann erbeutet, davon 2000 durch das ungarische Infanterieregiment Nr. 199. Ungarische Heeresregimenter, österreichische Schützen und ungarische Honveds haben in diesen heißen, durch Tag und Nacht fortwährenden Kämpfen, allen Angreifern, ebenso wie allen Verteidigern ihrer ruhmreichen Geschichte ein neues Ehrenblatt angefügt.

An der Gebirgsfront herrschte gestern Artilleriekampf vor.

Der italienische Bericht

vom 20. besagt: Auf dem Montello und längs der Piave geht die Schlacht erbittert und ununterbrochen weiter. Gestern abend schlugen wir den Feind nördlich der Eisenbahn nach Montebellano zurück und brachen so die ganze Angriffsfront zum Zurück-

weichen gegen den Vorprung nordöstlich des Montello. Dabei machten wir 1225 Gefangene und erbeuteten zahlreiche Maschinengewehre. Längs der Piave war der Kampf, der vom Feinde mit entschlossenem Schwung geführt und von den unseren mit Hartnäckigkeit und Tapferkeit fortgesetzt wurde, in den ersten Minuten erbittert. Der Gegner wartete gestern nachmittags zahlreiche irische Truppen in den Kampf und es gelang ihm zuerst, an der Front von Zenson etwas Gelände zu gewinnen. Er wurde aber schnell zum Stehen gebracht und durch unsere Truppen und schnell herbeigeleitete Reserven zum Zurückweichen gezwungen. Durch energische Gegen-Tealangriffe gelang es unseren Truppen, den Kampfabschnitt westlich von San Dona stark zu verbessern. 518 Gefangene blieben in unserer Hand. Tschecho-Slowakische Abteilungen brachten den ersten Tribut ihres Blutes für die eben Grundzüge von Freiheit und Unabhängigkeit, für die sie an unserer Seite kämpften, dar. Die 25. Infanterie-Division (an 3 aufeinanderfolgenden glorreichen Kampftagen) und die Brigade Cigaqui 209. und 210. Regiment wiederholten die Gegenangriffe und ließen ihre erprobte Tapferkeit in bestem Lichte erstrahlen. Auf der Hochfläche von Miago nahmen französische Abteilungen durch eine gelungene Ueberrückung dem Feinde die Stellungen von Bertigo und Bonnar weg und machten 102 Gefangene. Unsere Truppen eroberten den Costalunga-Berg wieder ganz zurück, wobei sie noch ungefähr hundert Gefangene machten. Feindliche Angriffe auf den Cerna-Berg wurden zurückgeschlagen.

5000 Tonnen Brotgetreide an Oesterreich.

Wie die Heeresverwaltung mitteilt, sind aus militärischen Beständen 5000 Tonnen Brotgetreide nach Oesterreich gegangen. Die Zuwendung, deren Ueberweisung sich aus militärischen Gründen erwahlt, ist schon abgerollt. Die Heeresverwaltung legt Wert auf die Feststellung, daß diese Zuwendung an Oesterreich auf die Verpflegung des deutschen Heeres oder der deutschen Zivilbevölkerung keinerlei Einfluß ausübe. Die Abgabe ist gegen die bestimmte Versicherung erfolgt, daß Rückgabe der gleichen Menge bis zum 15. Juli erfolgt.

Die Kämpfe mit den Tschecho-Slowaken.

Aus Moskau meldet der P. T. U.: Die Erhebungen der Tschecho-Slowaken dauern fort und erschweren die Verbindung auf den sibirischen Eisenbahnen und die Versorgung der Industriezentren mit Lebensmitteln. Die Lage in Pensa ist ernst geworden, da sich die Stadt in der Gewalt der Aufständischen befindet, die im Besitz von Panzerautomobilen und Artillerie sind. Ein erneuter Kampf entwickelt sich zwischen den Sowjettruppen und den Tschecho-Slowaken. Verstärkungen werden von allen Seiten nach den bedrohten Punkten entsandt. Gegenwärtig sind die Tschecho-Slowaken die Herren der Städte Mias, Kozneff, Tscheljabinsk und der Verbindungslinien. Eine Befestigung der Erhebung läßt sich für die nächsten Tage dank der Ergebenheit der tschecho-slowakischen Truppen an den Sowjets voraussehen, da alle Zwischenfälle nur durch Offiziere und gegenrevolutionäre russische Elemente hervorgerufen worden sind.

Die konkurrierenden Gesandtschaften.

Trotzdem der Schweizerische Bundesrat daran festhält, den Abgesandten der Kerenski-Regierung als beurlaubte Vertreter Russlands anzusehen, erläßt jetzt Dr. Bergin „namens der sozialistischen föderativen Sowjetrepublik“ einen Aufruf an alle in der Schweiz lebenden Russen, besonders die internierten russischen Soldaten. Darin wird mitgeteilt, daß der Schutz ihrer Interessen an die neue Gesandtschaft übergegangen ist und daß diese die nötigen Anstalten treffen werde, um die Abreise der erwähnten russischen Bürger in ihre Heimat zu beschleunigen und die Lage der Kranken und Bedürftigen zu lindern.

Das Wüten der Zensur in Italien.

An der Spitze des „Avanti“ benachrichtigt die sozialistische Partei ihre Sektion, daß in den letzten Tagen die Zensur verschärfte, vom Parteivorstand dem Parteiblatte für die Deffektivität übermittelte Beschlüsse unterdrückt habe. Die weitere Mitteilung der Parteileitung wurde wiederum von der Zensur getrichen. Der „Avanti“ weist eine seit langer Zensur-Lücke auf.

Die englische Hege gegen Friedensbestrebungen.

Daß dem holländischen Sozialdemokraten Genossen Troelstra von England die Nötigung des Reizepassees verweigert ist, haben wir mitgeteilt. Zu dieser ungläublichen Maßnahme genügte die Tatsache, daß Troelstra mit Scheidemann verhandelt hat und so in der Lage war, den Entente-Sozialisten die Wahrheit über Deutschland zu sagen. Mit Troelstra sollte Branting nach England kommen. Wie wird man nun den wütend entente-freundlichen Branting behandeln? Auch gegen seinen Besuch wird scharfsten Stimmung gemacht. So erklärte der Führer des Seelenteverbandes, Havelock Wilson, in einer Presseunterredung: alle Abteilungen des Verbandes hatten in Resolutionen verlangt, daß Branting nicht nach London befordert werden dürfe. Wenn die Seeleute diesen Gedanken ausführen, könnte die englische Regierung sich in den Luxus erlauben, dem Deutschfeind Branting den Reizepass zu verweigern, und ihn so die Möglichkeit zu nehmen, seine

einseitige Entente-Freundlichkeit vor aller Welt weiter zu dokumentieren.

Die ganze Affäre zeigt, welche Angst die englische Regierung vor einem Frieden durch Verständigung hat. Ein Vorstoß der Friedensfreunde im englischen Unterhaus. Reuter berichtet aus der Unterhausdebatte: Bei der zweiten Lesung der Bill über die konsolidierte Staatschuld brachte der Pazifist Morell folgenden Zusatzantrag ein: Das Volk wünscht von der Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß sie keine Gelegenheit, die Kriegsprobleme auf diplomatischem Wege durch Verhandlungen zu lösen, vorübergehen lassen werde, und gibt ferner der Meinung Ausdruck, daß die Geheimverträge mit den alliierten Regierungen einer Revision unterzogen werden sollten, da sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt mit den Zielen unvereinbar sind, für die England in den Krieg eingetreten ist, da sie deshalb ein Hindernis für den demokratischen Frieden bilden. — Morell führte aus, das Volk sei durch die Entwidlung der Dinge besorgt und sei berechtigt, von der Regierung eine erneute Darlegung ihrer Kriegsziele und ihrer Anschauungen über die Aussichten, sie zu verwirklichen, zu verlangen. In allen kriegführenden Ländern sei eine immer stärker werdende Bewegung zugunsten von vernünftigen Friedensbedingungen vorhanden, um dem Krieg ein Ende zu machen.

Whitney Snowden unterstützte den Antrag. Nach einer Rotterdammer Meldung erklärte Balfour bei Beratung über den pazifistischen Antrag Morells: Snowden scheinbar zum Erkenntnis gekommen zu sein, daß die Urheber des Krieges verhältnismäßig unschuldig seien, also doch nicht durch verächtliche Gründe getrieben seien, von denen man, seinen Ansichten nach, bei unseren französischen und italienischen Bundesgenossen sprechen könne. Balfour bezeichnete das als Unsinn. Snowden habe gesagt, als der Krieg ausbrach, habe Gren kein Wort davon gesagt, daß Deutschland nach der Welt Herrschaft strebe. Das sei allerdings richtig, aber damals habe das Verbieten gegen Belgien und der Angriff auf Frankreich alle Gemüter erfüllt. Der Kern der Rede Grens war damals die belgische Frage. Der Krieg sei kein Zufall, er sei absolut unvermeidlich gewesen, sofern man nicht dulden wollte, daß Deutschland durch seinen wirtschaftlichen und militärischen Aufschwung der letzten Jahre in die Lage verkehrt werden sollte, alle Früchte seines Sieges ohne Kampf zu pflücken. Allen Menschen sei es klar geworden, daß die deutschen Machthaber die Welt Herrschaft erstrebten, wenn nicht auf friedlichem Wege, so durch blutige Mittel.

Snowden sei dann auf den Brief Kaiser Karls eingegangen. Er fragte: Gibt es irgend einen Beweis, daß in diesen Anerbietungen einschließlich des Briefes des Kaisers von Oesterreich irgend eine Wahrscheinlichkeit dafür enthalten war, daß auf Grund dieser Vor schläge kein annehmbarer Frieden herbeigeführt werden könnte. Balfour verneinte dies und meinte, England habe niemals irgend welche Friedensvor schläge abgelehnt, die auch nur die geringste Möglichkeit in sich schlossen konnten, den Krieg zu beenden. Er habe in Verbindung mit der Friedensmöglichkeit wiederholt von Belgien gesprochen, obwohl er das stets zögernd getan habe, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die Rückgabe Belgiens das einzige sei, was man gerechterweise als Ergebnis dieses Krieges fordern könne. Snowden habe es sich dargestellt, als ob die englischen Machthaber willkürlich ihre Ohren verschließen und es darauf abgesehen hätten, den Krieg fortzuführen und Gut und Blut zu vergeuden. Durch solche Reden würden nur die Bundesgenossen Englands entmutigt und die Zentralmächte ermutigt. Dann jagte er, zwischen den Verbündeten und Wilson beständen keine Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsziele. Großbritannien sei entschlossen, seine Verträge zu halten. Ueber die Geheimverträge könne er nicht sprechen. Sie seien aber kein Hindernis für den Frieden.

Verlängerter Truppentransportdampfer.

Eine Meldung der Agence Havas aus Paris besagt: Der Transportdampfer „Santa Anna“, der unter Bedeckung von Biseria nach Malta fuhr und Soldaten sowie eingeborene Arbeiter an Bord hatte, wurde in der Nacht zum 11. Juni, ohne daß ein Feind bemerkt worden war, torpediert und versenkt. Von den 2150 an Bord befindlichen Personen wurden 1513 gerettet. Hiernach sind also 637 Personen ertrunken.

Der Krieg auf den Meeren.

REK. Berlin, 21. Juni. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Harischall, verlor im Suezgebiet des Mittelmeeres auf 15 tägiger Unternehmung sieben Dampfer von rund 23000 Brutto-Registertonnen. Alle Dampfer waren außerordentlich wertvoll. Die Ladungen bestanden aus Baumwolle, Benzin, Öl und Stahlgut.

Der Ober des Admiralsstabes der Marine.

Die bisherigen amerikanischen Verluste.

Die Gesamtverluste der Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten betragen bisher 8173 Tote, Verwundete und Vermisste.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Unter den zahlreichen Keinen Anträgen, die die Freitagssitzung einbrachten, sind zwei von allgemeiner Wichtigkeit. Die erste ging vom Genossen Südekum aus und behandelte das unerhörte Urteil eines Genueiser Militärgerichts, des drei dort im Dienk der A. S. G. tätig gewesene Deutsche wegen angeblichen Landesverrats zum Tode verurteilt hat — zum Glück in ihrer Abwesenheit. Aus der Antwort, die der erste Jurist des auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Krieger gab, ging hervor, daß dies Todesurteil inzwischen vom Kassationshof in Rom aufgehoben worden ist, und daß auch Hoffnung besteht, daß die italienische Regierung dem deutschen Gesandten gegen die Herausgabe der deutschen Fortschrittsblätter in Mailand Folge geben wird. — Die zweite interessante Frage war die des Abz. Erzberger, aus welchem Grunde der italienische Landesrat sich nicht für eine Pöffe nach Berlin erhalt, um nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes über die Staatsverträge mit Deutschland zu verhandeln. Antwort: Weil die amtlichen Stellen mit den Bararbeiten noch nicht fertig sind. Der zweite der Verhandlungen mit dem Genossen Südekum nicht abgeschlossen, und viele gerade schon unwillkommen zu sein.



Die erste Lesung des Friedensvertrags mit Rumänien bot wenig Bemerkenswertes. Die großen Neben über den ganzen Komplex der Ostfragen, mit denen der rumänische Friedensvertrag auf das Innigste zusammenhängt, sind auf den Montag verschoben, wo die erste Lesung des Staats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes Gelegenheit dazu bietet. Heute hätte man sie vorwegnehmen und einige Tage später wiederholen müssen. Alle Parteien sind sich darin einig, daß der Bukarester Frieden erst im Hauptauschuß gründlich geprüft werden muß. Der Redner unserer Fraktion, Genosse Scheidemann, legte unsere schließliche Entscheidung noch nicht fest, sondern machte sie abhängig von dem Ergebnis dieser Besprechungen. Er beschränkte sich darauf, mit großem Nachdruck auf unsere seit Kriegsbeginn nicht mehr unterbrochene Arbeit um den Frieden hinzuweisen. Dabei brandmarkte er die englische Regierung, die durch Verweigerung des Passes an Troelsz die Friedensbemühungen der Arbeiterklassen ebenso gestört, wie sie Stockholm hintertrieben hat. Zentrum und Fortschrittler bekräftigten durch ihre Redner den Bukarester Vertrag, während Graf Westarp, wie er nun einmal nicht anders kann, gegen die Friedensresolution vom Juli 1917 polemisierte und noch nachträglich eine gehörige Kriegsentzündung von Rumänien verlangte. Der Nationalliberale Strejemanun hielt eine offene Kriegsentzündung für überflüssig, war aber mit Westarp einig in der Forderung auf Entfernung der rumänischen Dynastie und auf strafrechtliche Sühne der Verbrechen, die in Rumänien an deutschen Kriegsgefangenen begangen worden sind. Die Unabhängigen, für die Ledebour sprach, lehnten auch diesen Friedensvertrag ab, weil er ein Annerkennungsfriede sei und die Völker der Dobrubsha und Besarabiens nicht um ihre Zustimmung zu staatsrechtlichen Veränderungen frage. Den Westarpschen Angriff auf die rumänische Dynastie erweiterte Ledebour auf alle Dynastien überhaupt, und gab damit Herrn von Kahlmann die Gelegenheit nicht unwillkommene Gelegenheit, sich jähling vor die Hohenjollern zu stellen. Zur Sache selbst hatte der Staatssekretär nichts Bemerkenswertes zu sagen. Der Vertrag wurde dem Hauptauschuß überwiesen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

beschloß in ihrer Sitzung am Donnerstag mit der Kohlenfrage. Die Fraktion war sich darüber einig, daß in dieser Angelegenheit etwas getan werden müsse, um eine Besserung herbeizuführen. Ebenso hat die Fraktion beschloßen, wegen der Kleiderabgabe geeignete Schritte zu tun, da die jetzt verhängte Form der Abgabe nicht zweckmäßig sei und außerdem zu ungerechtfertigten Härten führen müsse.

Hamburger Wahlparole.

Der „Kölnische Volkszeitungs“-Mann, der den Reichstag nach Hamburg begleitet hat, ist dort völlig der betäubenden Wirkung der Redeergüsse Ballins und Warburgs verfallen. Er steht schon Großkapitalisten, Bauern und Handwerker vereint die nächste Wahlschlacht schlagen für die Befreiung der Wirtschaft von den Schranken und Fesseln staatlicher Regelungen: „Die Parteien, die möglichst allgemein und laut den Ruf ertönen lassen: Los von diesem System des Zwangssozialismus! werden die größte Beliebtheit im Volke bekommen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Demagogie der Radikaler Isori bei Kriegsende verjagen wird, alle staatlichen Bindungen fortzuräumen, weil die bürokratische und improvisierte Organisation der Kriegesgesellschaften in der Tat mancherlei verjagt hat. Gelingt dieses Vorhaben, dann erleben wir Gründerjahre in hundertfacher Vergrößerung, wahnwitzige Spekulationen und einen raschen Zusammenbruch. Wer das deutsche Volk lieb hat, wird gegen diese Jobberpolitik auf der Hut sein.

Selbst ein Blatt, das gewiß Verständnis für die kapitalistische Wirtschaftsweise hat, wie die „Frankfurter Ztg.“, hält es für notwendig, gegenüber der in Hamburg gepredigten Leichtfertigkeit folgendes festzustellen:

1. Strengste staatliche Ordnung ist unbedingt notwendig, wenn dem Ende des Landkrieges ein langer See- und Wirtschaftskrieg folgt.
 2. Der Widerstand des Reederkapitals gegen den Reichskommissar ist unberechtigt. Umgekehrt geht das Reichswirtschaftsamt nicht weit genug, indem es daran verzichtet, auch die Höhe der Frachtraten öffentlichem Einfluß zu unterwerfen.
 3. Deutschland hat viele Milliarden Auslandsschulden. Freilassung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland nach Friedensschluss würde die Entwertung der deutschen Kaluta dauernd gefährlich groß machen. Die Devisenordnung kann deshalb vielleicht gemildert werden, muß aber aufrecht erhalten bleiben.
 4. Ohne Regelung des ausländischen Kapitalverkehrs und der Einfuhr ist ein Wiederaufbau der Wirtschaft undenkbar. Was wir am notwendigsten brauchen, ist in der Welt gerade am knappsten. Wir müssen Bauxit und Schiffsbaum für das notwendige reservieren, d. h. die Einfuhr nach der Dringlichkeit kontingentieren.
- Die Notwendigkeiten, welche diesen Forderungen eines kapitalistischen Blattes zugrunde liegen, werden sich als so zwingend erweisen, daß alles Spekulantengeheiß daran zerplatzt, mag man es auch Hankatengeiß nennen und sich die höchsten demagogischen Wahlerfolge davon versprechen.

Schweiz.

Keine Verhältniswahl zum Nationalrat.

Der Nationalrat beschloß in der Schlussabstimmung über die Initiative betreffend die Verhältniswahl zum Nationalrat in zweifacher Abstimmung mit 78 gegen 71 Stimmen bei sieben Enthaltungen Ablehnung der Verhältniswahl.

„Rüstungen“.

In Nürnberg waren, wie mitgeteilt wurde, vorige Woche Gerüchte im Umlauf, nach denen am vergangenen Montag zum Protest gegen die Rüstung der Botration und gegen die Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt werden sollte. Die sozialdemokratische Parteileitung und die vereinigten Gewerkschaften hatten in einer öffentlichen Erklärung auf das Unstimmige dieser Gerüchte hingewiesen und festgestellt, daß ihnen von einer dergleichen Absicht nicht das mindeste bekannt sei. Mehrfache Erklärungen lagen schon am Freitag vor von der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und von den Arbeiterauschüssen der großen Betriebe. Der vergangene Montag ist auch genau wie jeder andere Tag verlaufen, alles ist ruhig zur Arbeit gegangen. Trotz der genannten Erklärungen hatte es die Militärbehörde für nötig gehalten, umfassende Vorbereitungen gegen den gar nicht geplanten Streik zu treffen. Am Mittwoch interpellierte deswegen Magistratsrat Genosse Treu in der Sitzung des Stadtmagistrats. Er bezweifelnde diese Vorbereitungen als unerhört. Es müßte ihnen auch dann noch jede Berechtigung abgeprochen werden, wenn die gesamte Nürnberger Arbeiterschaft in den Streik getreten wäre. Wie Treu mitteilte, hat man sich nicht damit begnügt, die Gendarmerie aus der ganzen Umgebung zusammenzuführen, sondern man hat auch innerhalb der Truppenzone selbst besondere Abteilungen gebildet, die den Kampf gegen die Arbeiterschaft aufnehmen sollten. Diese Abteilungen seien sehr sorgfältig ausgewählt worden. Staats- und Gemeindebeamte, Leute aus sozial höher gestellten Schichten, die zurzeit eingezogen sind, hätten die Vortruppen gegen die Nürnberger Arbeiter bilden sollen. Alle Wachen seien verstärkt und mit Offizieren als Kommandanten besetzt worden. In den Kasernen wie auch im Hauptbahnhof habe man Maschinengewehre bereitgestellt. Man habe damit gerechnet, daß Teilhandlungen zerstreut werden könnten und deshalb die einzelnen Stellen mit funktionsfähigen Einrichtungen versehen. Die bereitgestellten Mannschaften seien mit Gasmasken ausgerüstet gewesen. Die aufgebotenen Militärkräfte seien auf drei Tage mit Proviant versehen gewesen. Treu fragte, ob denn die Nürnberger Arbeiterschaft, die vier Jahre gehungert und gekämpft, in diesen vier Jahren das geringste getan habe, was diese Maßnahmen rechtfertigen könne, ob die Nürnberger Arbeiterschaft eine Räuber- und Mörderbande sei, gegen die man in der geschützten Art vorgehen müsse? Er fragte weiter, ob die Macher dieses Feldzugsplanes überlegt hätten, welche Wirkung ein solches Treiben auf die Bevölkerung ausüben müsse, wenn es bekannt würde. Und es sei bereits am Sonntag in der ganzen Stadt bekannt gewesen!

Genosse Treu schloß: Ist man sich in den militärischen Kreisen klar darüber, daß solche Experimente sehr gefährlich sind und daß sie geeignet sind, unüberlegte Elemente erst recht zu Unbesonnenheiten und Gewalttätigkeiten hinzureißen? Gewiß hätte man dann die gesamte Arbeiterschaft für die Ereignisse verantwortlich gemacht. Es ist eine starke Belastungsprobe, die da der Nürnberger Arbeiterschaft zugemutet wurde, für die auch nicht die geringste Verantwortung gegeben war und bei deren Wiederholung die Führer der Arbeiterschaft jede Verantwortung für das Kommende ablehnen müßten! Selbst wenn die gesamte Nürnberger Arbeiterschaft am Montag in den Streik getreten wäre, so müßte dergleichen Maßnahmen jede Berechtigung abgeprochen werden. Denn der Streik bedeutet noch lange nicht die Revolution. Oder sind wir glücklich wieder dort angelangt, wo wir vor 25, 30 Jahren standen, als man noch hinter jedem Werkstatteinfreie die Hydra der Revolution lauern sah? Im Auftrag meiner Parteifreunde erhebe ich im Namen der Nürnberger Arbeiterschaft den schärfsten Protest gegen eine solche Behandlung, und schärfsten Protest dagegen, daß man, wie die geschiederten Vorgänge zeigen, mit Gasbomben und Maschinengewehren gegen eine Arbeiterbevölkerung vorgehen bereit war, die weder vor noch während des Krieges etwas getan hat, was dergleichen Maßnahmen auch nur im entferntesten rechtfertigen könnte. Wenn einzelne Leute in gewissen Fällen einen solchen kriegerischen Tatendrang in sich fühlen, so müßten sie doch dafür sorgen, daß sie ihn an der Front betätigen können! In der Heimat ist er nicht angebracht!

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 22. Juni.

Mit den Aufstrichmitteln

gerät Lübeck immer mehr ins Hintertreffen. Während in anderen Städten — wie wir wiederholt nachgewiesen haben — Aufstrichmittel in ziemlich ausreichendem Maße verteilt werden, haben wir uns in Lübeck mit völlig unzureichenden Mengen begnügen müssen. Zeitweilig wurde nur ¼ Pfund Marmelade verabfolgt. In der nächsten Woche gibt es nun überhaupt keine Aufstrichmittel, denn es dürften wohl nur wenige Einwohner sein, die die Marmelade der letzten Woche noch nicht erhalten haben. In der Mehrzahl der Fälle wurde dieselbe bereits am Mittwoch verteilt; sie ist trotz größter Einschränkung bereits verbraucht, so daß die überwiegende Mehrzahl der Lübecker Einwohner in der nächsten Woche das zweifelhafteste Vergnügen hat, zum sogenannten Kaffee trocken Brot getrieben zu müssen. Sollte es wirklich nicht möglich sein, auch für Lübeck endlich einmal ein ausreichendes Quantum Brotaufstrich zu beschaffen? Wenn es nicht geschehen kann, dann sollte das Ernährungsamt doch endlich einmal die Gründe hierfür öffentlich klarlegen. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, Klarheit zu verlangen.

Sommeranfang.

Mit dem 22. Juni, dem „längsten“ Tage, wo die Sonne bereits 3 Uhr 39 Minuten aufgeht, aber erst 8 Uhr 24 Minuten untergeht, treten wir aus der Frühlingszeit in die Sommerzeit über, die Tage werden wieder länger, wenn auch erst unwesentlich, kaum eine Minute den Tag, aber man weiß doch, daß man den Höhepunkt überschritten hat, und es könnte einem traurig stimmen, wenn man nicht wüßte, daß es der unabänderliche Lauf der Zeit ist und daß auch der Sommer mit der Bevollkommnung dessen, was der Frühling begonnen, uns noch viele Freuden bringt, wenn in der Jetztzeit des Völkerrkrieges überhaupt noch von Freude in wahrstem Sinne des Wortes gesprochen werden kann.

Unser Sommer fällt in die Zeit der Sonnenferne, und doch werden die Sonnenstrahlen ungleich kräftiger als im Winter, wo wir uns in Sonnennähe befinden, weil im Sommer die Sonnenstrahlen in steilerer Richtung auf die nördliche Halbkugel fallen, die Sonne viel früher auf, aber viel später untergeht, daher ihre wärmenden Strahlen längere Zeit wirken. Uebrigens erreicht die Wärme in der Zeit des Sommeranfangs noch nicht ihren höchsten Grad; der heißeste Monat ist vielmehr der Juli, der zugleich auch der niederschlagsreichste und gemittelterste Monat ist. Ebenso folgt im Winter die größte Kälte dem heißten Sonnenstande erst mehrere Wochen später. Derselbe Erscheinung zeigt sich auch schon im Wärmegange des einzelnen Tages, überall folgt die höchste Steigerung der Wirkung dem Maximum der ursächlichen Faktoren. Trotz Abnahme der Einflüsse akkumuliert (sammelt) sich nämlich noch eine Zeitlang die Wirkung, ehe ein Rückgang eintritt. Im Gegensatz zum Frühling, in dem sich die Atmosphäre mehr in einem labilen (unbeständigen) Zustande befindet, stellen sich im Sommer allmählich stetigere Verhältnisse ein, der Gleichgewichtsstand der Atmosphäre wird größer. Durch die am Boden stark erwärmten aufsteigenden Luftmassen werden aber, besonders im ersten Teil des Sommers, vielfach Gewitter, heftige Regen- und Hagelfälle hervorgerufen. Der Spätsommer ähnelt

in seinem Verhalten bereits dem Herbst, der sich durch den ruhigen Witterungsverlauf vor den anderen Jahreszeiten auszeichnet.

Hoffen wir, daß nun der Sommer nicht durch abnorme Witterungsumschläge unsere Wünsche nach einer guten Ernte vernichtet, damit das Volk neben den vielen anderen durch den Krieg bedingten Entbehrungen nicht auch noch unter größerem Nahrungsmangel zu leiden hat, als bisher. Die größte Freude würde uns aber der Sommer bereiten und sich damit unaussprechlich in unser Gehirn einprägen, wenn er uns den langerechneten Frieden brächte, damit aller körperlichen und geistigen Not ein Ende bereite. Aber alle Friedenshoffnungen haben uns bisher immer getäuscht, so daß man kaum glauben kann, daß endlich wieder einmal andere, bessere Zeiten kommen. Der fünfte Kriegsommer möge auch der letzte sein. Mit diesem Wünsche wollen wir den Sommeranfang begrüßen.

Die Brotkarten

für die nächsten acht Wochen vom 28. Juni bis 28. August 1918 werden ausgegeben a) in der Stadt und den Vorstädten mit Ausnahme der unter b) aufgeführten Stadtteile für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis F am Dienstag, 25. Juni, von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags; mit den Buchstaben G bis K am Mittwoch, 26. Juni, von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags; mit den Buchstaben L bis R am Donnerstag, 27. Juni, von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags; mit den Buchstaben S bis J am Freitag, 28. Juni, von 9 bis 1 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags; b) in den Stadtteilen Travemünde, Kücknitz mit Herrenhof und Waldhusen, Schlutup, Dänischburg mit Stiens, Moisling mit Genin und Buntkuh für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis H am Mittwoch, 26. Juni, während der üblichen Geschäftsstunden; mit den Buchstaben I bis M am Donnerstag, 27. Juni, während der üblichen Geschäftsstunden; mit den Buchstaben N bis Z am Freitag, 28. Juni, während der üblichen Geschäftsstunden; c) in den Landgemeinden an den Tagen vom 26. bis 28. Juni, während der üblichen Geschäftsstunden.

Gegen die Ueberschreitung der Höchstpreise.

Es wird auf die in unserer heutigen Ausgabe erschienene Bekanntmachung hingewiesen. Fortgesetzt laufen Klagen darüber ein, daß die Höchstpreise überschritten werden. Durch die Bekanntmachung vom 26. Mai 1917 ist klargestellt, daß der Erzeuger nur dann, wenn er eine Mehrleistung bietet, an der Erzeugerstätte den Groß- und Kleinhandelspreis nehmen darf; auch ist der Erzeuger verpflichtet, bei jedem Verkauf an einen Händler, sei es Groß- oder Kleinhändler, einen grünen Schlussschein, wie solche bei der Firma Gebr. Borchers zu haben sind, auszuwählen. Der Großhändler darf Ware an den Kleinhändler nur unter Zustimmung eines weißen Schlussscheines abliefern. Auch diese Bestimmung ist in den meisten Fällen nicht eingehalten. Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß seitens der Reichsstelle jederzeit eine Nachprüfung stattfinden kann. Die Schlussscheine sind für Frühgemüse 3 Monate aufzubewahren und müssen jederzeit den kontrollierenden Beamten vorgelegt werden. Es wird ferner Klage darüber geführt, daß auch die Kleinhändler nicht immer die zum Verkauf gehaltenen Waren, wie vorgeschrieben, mit dem Verkaufspreis bezeichnen. Die Verbraucher können die Einhaltung dieser Vorschriften verlangen, damit sie vor Ueberschreitung geschützt sind. Im Interesse einer geregelten Gemüseversorgung und um etwaige Ueberschreitungen nachprüfen zu können, muß auf strenge Einhaltung aller Vorschriften gedrungen werden.

Wo bleibt das Kartoffelmehl?

Aus Anlaß der Verkürzung der Brotration wurde vom hiesigen Ernährungsamt in einer Zuschrift an die Presse erklärt, daß die fehlende Mehlmenge zum Teil durch die beabsichtigte Verteilung von Kartoffelmehl ausgeglichen werden solle. Wir hatten nun angenommen, daß bereits für die kommende Woche Kartoffelmehl zur Verteilung gelangen würde. Das ist aber nicht der Fall, trotzdem nur 125 Gramm Kubeln, also daselbe Quantum wie vor der Brotkürzung, ausgegeben werden. Warum verteilt man denn jetzt das Kartoffelmehl nicht? Die Bevölkerung ist in ihrer Lebenshaltung bereits derart herabgedrückt, daß sie in der jetzigen Zeit auch nicht auf die geringste Kleinigkeit verzichten kann. Deshalb sollte man mit der Verteilung des Kartoffelmehles nun endlich beginnen.

Familienunterstützung und „liederlicher Lebenswandel“. Das Bundesamt für Heimatwesen, die höchste deutsche Rechtsinstanz für Fragen der Armutspflege und des Unterstützungswezens, hat nach dem Preussischen Verwaltungsblatt den Grundsatz aufgestellt, daß liederlicher Lebenswandel und sittliche Verfallungen allein nicht die Entziehung der Familienunterstützung durch den Pflegerverband rechtfertigen. Die Einstellung der Kriegsunterstützung könne nur aus Gründen erfolgen, die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergeben, also Fortfall der Hilfsbedürftigkeit, Tod oder Verhinderung des heerespflichtigen Haushaltsvorstandes oder Ernährers. Fahrensflucht oder gerichtliche Verurteilung zu mehr als sechs Monaten Gefängnis oder zu einer härteren Strafe. Dagegen ist in dem Gesetz nirgends davon die Rede, daß liederlicher Lebenswandel und sittliche Verfallungen die Einstellung der Unterstützung begründen. Ein derartiges Kontrollrecht über den Lebenswandel der unterstützten Personen ist dem Pflegerverband an keiner Stelle des Gesetzes oder der im Anschluß hieran ergangenen Bundesratsverordnung eingeräumt worden.

Das Bier, das manche Leute jetzt noch trinken, ist überhaupt kein Bier mehr, sondern Biererisch ohne Maß. Es wird hergestellt aus Hopfen, Malzfarbe („Malzcouleur“), Saccharin, Schaumpulver, Wasser und nochmals Wasser. Trotzdem ist es so heidenmäßig teuer. Es hat aber den Vorteil, daß viel davon verdient und daß niemand davon betrunken wird.

Reise für Gemütskranke. Die Gemütskranke von Reichs-Geheimrat hat durch Bekanntmachung vom 6. Juni 1918 die Reise für Kranke aus Wilken, Sellau, Kote, Gärten, Gärten, Kerpeln, Schwarzwurzen, Stelmas, Caseler, Frankchen und Sernatzen in Pleschden festgelegt. Die Reisekasse ist durch den Ausdruck auf den einzelnen Belegen einsehlich.

Legitimationspapiere und Meldevorrichtungen für Eisenbahnreisende. Die Zeit der Sommerreisen hat begonnen. Darum seien alle, die jetzt an eine Reise denken, in ihrem eigenen Interesse darauf hingewiesen, sich mit ausreichenden, noch nicht abgelaufenen Legitimationspapieren zu versehen. Der Personenverkehr auf der Eisenbahn steht zum Schutz gegen feindliche Spionage-Tätigkeit unter verstärkter Kontrolle und Reisende, die ohne genügende Ausweis-papiere betrogen werden, laufen Gefahr, festgenommen und der nächsten Polizeibehörde zugeführt zu werden. Abgelaufene Pässe usw. werden den Reisenden von den Ueberwachungsbeamten unter allen Umständen abgenommen. Am sichersten geht man, wenn man sich von der Polizeibehörde seines Wohnortes einen sogenannten Väterausweis ausstellen läßt.

Für Ausländer bestehen bekanntlich besondere Meldevorrichtungen. Und zwar gelten diese für die Angehörigen der uns verfeindeten Mächte ebenso, wie für neutrale und feindliche Ausländer, weil sie durch ihre Wohnortnahme die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren haben. Jeder Ausländer muß sich bei jedem Besuche bei der Polizeibehörde seines Wohnortes und dem von ihm besuchten Orte an- und abmelden und sich diese Meldungen in keinem Fall, ohne den er nicht verlassen darf, beschleunigen lassen. Unter-

Der amtliche Kriegsbericht.

223. Großes Hauptquartier, 22. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Arras und Albert dauerten die heftigen Teilkämpfe des Feindes gestern bis zum Morgen an. Diese endeten mit vollem Mißerfolge für den Gegner. Weiderseits der Scarpe bei Boire, Bequerelle, Sebuterne, Hamel und am Walde von Abe-laup wurden starke englische Abteilungen teilweise in erbitterten Nahkämpfen zurückgeschlagen. Auch an der übrigen Front trieb der Engländer mehrfach vergeblich Erkundungen vor. Bei Abwehr des Feindes und bei eigenen Vorstößen nördlich der Somme machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Feindlicher Fliegerangriff auf Weizige fügte der Bevölkerung Verluste zu.

Südwestlich von Nonon wiederholte der Feind mit verstärkten Abteilungen seine vergeblichen Angriffe südlich von Baudelcourt. Zwischen Dize und Marne lebhaftige Tätigkeit des Feindes. Tealangriffe der Franzosen und Amerikaner nordwestlich von Chateau-Thierry wurden blutig abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister. Suderdorf.

lassungen dieser Meldungen hat Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und Bestrafung, unter Umständen auch sofortige Verhaftung zur Folge.

Sonderausstellung im Naturhistorischen Museum. Der Verein der Terrarien- und Aquarienfreunde hat in dieser Woche im Treppenhause des Museums eine von seinem Vorsitzenden, Dr. Mittelbach, geleitete, präparationsgeschickliche reichhaltige Sammlung unserer einheimischen Süßwasserinsekten und Süßwasser-Tiere in seiner größeren Anzahl von Aquarienbecken zur Ausstellung gebracht. Die Sammlung enthält die wichtigsten bei uns vorkommenden Formen und gibt den Freunden der Aquaristik Gelegenheit, sich eine genaue Kenntnis dieser von dem Haushalt des Aquariums wichtigen Tiere zu verschaffen und insbesondere auch in dieser Beziehung ihrer Liebhaberei mehr vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu betreiben. Die Pflanzenausstellung und die Ausstellung von Wildgemüsen ist infolge der Witterungsverhältnisse nicht so reichhaltig, wie sonst, weist aber doch einige besonders interessante Sachen auf.

ph. Wettenbecker Freibrüder. Aus dem Maschinenraum eines hiesigen Werkes ist in letzter Nacht ein ca. 8 Meter langer und 11 Zm. breiter Freibrüder gestohlen worden.

ph. Wildbiber. Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner aus Preetz wegen Wildbiber. Der Festgenommene wurde hier mit einem Jagdgewehr und 3 Patronen betroffen, die er in Verdacht i. W. gestohlen haben will.

ph. Seinen Mitarbeiter geschädigt. Festgenommen wurde ferner ein Angestellter eines hiesigen Unternehmens, der einen Wochenlohn, den er an einen Mitarbeiter auszuhändigen hatte, unterschlagen hat.

ph. Verhaftet wurde ein Arbeiter aus Niemel, der aus der Korrektheit in Uebernahme entwickelt war und sich hier auf zwei verschiedene Namen angemeldet hatte, in der Nacht auf diese Weise in den Besitz doppelter Lebensmittelkarten zu setzen.

Hamburg. Kühlmanns Hamburger Fleisch. In Anwesenheit des Staatssekretärs v. Kühlmann fand gestern im Rathaus eine Besprechung über die Vergehung des deutschen Auslandsdienstes statt, an der außer den in der Besprechung des Auswärtigen Amtes Vertreter der Generäle von Hamburg, Lübeck und Bremen sowie der Handelskammer der drei Städte teilnahmen. Die Besprechungen der hiesigen Handelskammern und des Auswärtigen Amtes für die Vergehung des deutschen Auslandsdienstes wurden eingehend erörtert, wobei sich ergab, daß in vielen Punkten Uebereinstimmung bestand. Gestern Abend ist Staatssekretär v. Kühlmann mit seiner Begleitung nach Berlin zurückgekehrt. — Todeskurz eines Knaben. In der Droßelstraße in Barmbeck stürzte ein zwölfjähriger Knabe aus einer Reisbühne auf die Erde und starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen.

Koisdorf. Entdeckte Hamsterei eines Vaterlands-parteilers. Bei dem Hengststraße 14 wohnhaften Landgerichtsrat Dr. Joerges wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei dem Dieb als Raub in die Hände fielen: fünf Sämine, 3 Seiten Speck, 1 Schusterhäut, zirka 20 Pfund Butter, zirka 20 Pfund Rettwurst und mehrere Hundert Eier. Bei solchen Vorräten läßt sich schon durchhalten. Dr. Joerges ist einer der eifrigsten Vaterlandsparteiler; er hält überall in den Städten Mecklenburgs Vorträge für Durchhalten, für Unionisten, für die Ziele der Vaterlandspartei. Da hat die Deffektivität ein Recht zu fragen, und Aufklärung darüber zu verlangen: Wie kommt der Mann zu solchen Vorräten, da doch alles rationiert ist? Als Richter, der Vergehen gegen die Gesetze und Verordnungen strafen muß, sollte es ihm doppelt notwendig erscheinen, sich darüber zu äußern.

Koisdorf. Zwangsmassnahmen zur Gemüseablieferung. Die Stadt Koisdorf will jetzt Maßnahmen gegen die Gemüsebauern ergreifen, die infolge der in Koisdorf bestehenden Höchstpreise ihr Gemüse lieber nach den Bodeorten bringen, weil sie es dort zu höheren Preisen absetzen können. In Koisdorf herrscht infolgedessen großer Gemüseangel. Zu der Vorgehensweise muß diese Angelegenheit zur Sprache gebracht und die Einführung einer Kontrolle gefordert. Die Stadtverordneten erklärten sich damit einverstanden, daß an Ackerbürger, die jetzt in der Zeit der Not die Stadt im Stich lassen, späterhin stärkere Geldlande nicht mehr verpackt wird.

Gnoien. Verschüttet. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Sonnabend nachmittag in der Kiesgrube beim Bahnhof. Dort hatten mehrere Knaben in den Kiesberg beim Spielen einen Untergrund gegraben; kaum waren zwei Knaben in demselben, als auch schon die Riesmassen über ihnen einströmten und beide Knaben, der 12jährige Albert Wisom und der 11jährige Günther Richter, verschüttet wurden. Auf das Geschrei anderer Kinder eilten sofort Männer vom nahen Bahnhof zur Hilfe herbei, doch trotz allergrößter Anstrengung gelang es leider nur, den größeren Knaben noch lebend zu befreien, und den kleinen Richter als Leiche herauszuholen.

Neustrelitz. In schwerer Sorge sind eine Anzahl guter Streikter „Unterthanen“ über die Bedrohung eines neuen Großherzogs. In einer Petition an den Schweriner Großherzog wird scheinlich gebeten, wenn keine sofortige Regelung der Thronfolgefrage möglich sei, diese bis zum Friedensschluss und bis zur Schaffung einer allgemeinen Volksvertretung zu versetzen, damit die Bevölkerung in dieser ihr Wohl aufs empfindlichste berührende Angelegenheit nicht völlig von der Beteiligung ausgeschlossen sei und damit auch den jetzt um ihr Vaterland kämpfenden Landeskindern Gelegenheit zur Mitwirkung an der Neuordnung der Dinge gegeben werde. Bisher hat man sich dort nicht sehr eifrig um die Schaffung einer allgemeinen Volksvertretung gezeigt, als die Großherzogswahl noch nicht so fern war! — Eine weitere längere Eingabe wurde Mitte Mai an den russischen Großherzog Karl Nikolaevitch gerichtet. In dieser wird gebeten, es dem Feindlande Mecklenburg-Strelitz nicht an-

zutun, durch eine bedingungslose Verzichtserklärung dessen staatlichen Untergang zu besiegeln! — Dieser „Großherzog“ kämpfte bekanntlich auf Seiten der Russen gegen die Deutschen.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewinnung der Frauen für die Organisation. In der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ wird mitgeteilt, daß der Deutsche Textilarbeiterverband gegenwärtig über 5000 weibliche Mitglieder zählt. Vor Jahresfrist waren es erst 35000.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Roman einer Kriegsbraut. Wie ein Roman seien sich die „Kriegserlebnisse“ einer jungen Chemnitzer Schriftstellerin, die schon in einer Gerichtsverhandlung vor der Chemnitzer Strafkammer entlockt wurden. Angeklagt war eine 27jährige Buchhalterin aus Zwickau, die zuletzt in Chemnitz wohnte, verwitwete Marie Margarete Haberlorn. Die Angeklagte war Mitarbeiterin einer in Chemnitz erscheinenden Zeitschrift und lernte in dieser Eigenschaft die junge Schriftstellerin J. kennen. Letztere erzählte eines Tages, daß sie auf einer Reise nach Bayern in Augsburg einen jungen Art-namens Kramer kennen gelernt, der ihr nach Erzählungen anscheinend nicht unähnlich war. Da die Haberlorn mit ihrem Mädchennamen zufällig auch Kramer hieß, so braute sie darauf einen raffinierten Streich auf, der ihr vertrauensseligen J. teuer zu stehen kam. Die Haberlorn stellte sich auf die Erzählung der J. sehr überrascht, erklärte der darüber natürlich sehr verwunderten J., daß der Reichsname niemand anders als ihr Bruder, Stabsarzt Dr. Kramer, zurzeit im Felde, sei, und war logisch bereit, einen Briefwechsel der J. mit diesem Bruder zu vermitteln. Die J. ging darauf ein, und vermittelte die Haberlorn von 1914 bis Februar 1918 etwa 100 Briefe und 60 Feldpostpakete der J. an den angehenden Stabsarzt; darunter Briefe bis zu 14 Seiten. Die Briefe der J. nahm die Haberlorn zur Weitergabe an den Stabsarzt Kramer entgegen und beantwortete sie, indem sie mit dem Namen Dr. Kramer zeichnete. Auf diesem brieflichen Wege kam dann die Verlobung der J. mit dem angehenden Bruder der J. zustande, auch die Verlobungsringe wurden brieflich ausgetauscht. Natürlich hatte es bei der ganzen Betrügerei die J. auf die Erlöse der J. abgesehen. Sie wußte sie unter allen möglichen Vorwänden zur Herausgabe von insgesamt 1181 Mk. zu bewegen; außerdem empfing sie natürlich auch die 60 Feldpostpakete und die sonstigen Geschenke der J. an den „Verlobten“. Als die J. sich wunderte, daß ihr Verlobter nie auf Urlaub kam, erjaud die Angeklagte einen neuen Schwundel: der angebliche Stabsarzt erlitt eine schwere Verwundung und wurde operiert. Da ihm dabei ein Arm abgenommen wurde, wollte er natürlich keine Braut nicht haben, dafür teilte er mit, daß er zum Oberstabsarzt befördert worden sei und einen Orden erhalten habe, mit dem der persönlichen Adel verbunden sei. Erst als die Erlöse der J. zu Ende gegangen waren, kam die furchtbare Erkenntnis, daß sie jahrelang dem raffinierten Betrüger der Haberlorn zum Opfer gefallen war. Die Gaunerin verurteilt von der Strafkammer drei Jahre und einen Monat Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Wenn man der Graf Schwerin ist... In Schwarzenau (Provinz Polen) ereignete am Sonnabend, dem 8. Juni, folgender Vorfall nicht geringes Aufsehen: Am Bahnhof Schwarzenau hatte eine Landsturmpatrouille den Auftrag, die Gepäckstücke der abfahrenden Reisenden auf Lebensmittel zu untersuchen. Kurz vor Abgang des Zuges traf nach ein Wagen mit mehreren Gepäckstücken ein, deren eines schon äußerlich auf Fleischinhalt schließen ließ, dem es sogleich frisches Blut durch die Ritzen. Die diensthabenden Soldaten E. und G. verlangten die Öffnung. In diesem Augenblick trat ein Herr hinzu und erklärte: „Ich gestatte die Durchsichtigung meines Gepäcks auf keinen Fall. Ich bin der Graf Schwerin und stellvertretender Landrat.“ Als sich der Bohnen, seiner Pflicht gemäß, hierdurch nicht imponieren ließ, fragte der Graf weiter: „Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, die Sachen zu untersuchen?“ Antwort: „Der Herr Distriktskommissar Severin in Schwarzenau.“ — „Dann werde ich den Herrn Distriktskommissar anrufen.“ Das geschah, und siehe da, der Herr Distriktskommissar erteilte den Befehl den „Befehl“, den Herrn Grafen unbehelligt abreisen zu lassen. — Vor dem Gesetz sind zwar alle Preußen gleich, aber wie man sieht, kann es trotzdem nichts schaden, wenn man der Graf Schwerin und stellvertretender Landrat ist. Besser ist besser.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Kriegerfrauen.

Wiederholt ist in der Bürgerchaft und an anderer Stelle das hohe Lied der Kriegerfrauen gesungen worden. Man hat anerkannt, daß sie zum weitesten Teil ihrer Pflicht dem Vaterland gegenüber genügt haben und weiter genügen. Von dieser Anerkennung aber werden die Kriegerfrauen und ihre Kinder nicht laß; es wäre ihnen lieber, wenn man ihnen statt schmeichelehafter Worte durch die Tat ihre Anerkennung bekunden würde. Das konnte geschehen, indem man ihren Wünschen auf generelle Erhöhung der Unterstützungsätze entsprochen hätte. Leider haben hier die ruhredigen Herren verlegt und uns an das rote Kreuz verwiesen. Wir sollen also keinen Anspruch auf eine erhöhte Unterstützung haben und sind angewiesen auf die Gnade oder Ungnade der Bezirksämter des roten Kreuzes. Und doch wäre eine generelle Regelung der Unterstützungshöhung um so notwendiger gewesen, als die Arbeitsgelegenheit für uns Kriegerfrauen sich immer mehr vermindert. Trotz eifrigster Bemühungen können wir keine Arbeit erhalten; sind also auf die nachts Unterstützung angewiesen. Unter diesen Umständen muß es eigenartig berühren, daß das „Kaiser Wilhelm-Institut“, Prüfungsstelle in der Moisinger Allee, bei Entlassungen so wenig Rücksicht auf die Kriegerfrauen nimmt. Vor einiger Zeit sind wir, die wir dort weit über zwei Jahre beschäftigt waren, wegen Mangel an Arbeit entlassen worden. Man könnte man dagegen vielleicht nichts einwenden, wenn die Entlassungen so vorzugenommen wären, daß diejenigen, die zuletzt angefangen sind, zuerst ihr Bündel schnüren müßten. Das ist aber nicht geschehen; vielmehr sind Arbeiterinnen, die viel später dort ihre Tätigkeit aufgenommen hatten als wir, heute noch dort beschäftigt. Das Verursachende aber ist, daß man uns Kriegerfrauen eine Lasse hat, während junge, zum Teil 16-17jährige Mädchen, die doch gewiß leichter arbeitswertig Arbeit finden könnten, und Frauen, deren Männer hier sind, weiterhin in ihre Tätigkeit dort ausüben. Wir empfinden das um so bitterer, als wir der Ansicht sind, daß man doch auf Kriegerfrauen, deren Männer seit Jahren draußen sind, etwas mehr Rücksicht nehmen sollte. Die Meinung unserer Kolleginnen, daß wir es nicht verstanden hätten, uns mit unserm Vorgehen, einem Unteroffizier, auf guten Fuß zu stellen und daß wir deshalb sitzen müßten, scheidet doch wohl bei einem solchen Institut aus. Wir möchten von dieser Stelle aus an alle maßgebenden Stellen die dringende Bitte richten, bei notwendigen Entlassungen die Kriegerfrauen möglichst zu schonen, da uns sonst trotz aller schönen Reden bei den heutigen Unterstützungsätzen das Durchhalten unmöglich ist.

Mehrere Kriegerfrauen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gestrichelten Artikel: Paul Löwig, für den gekanteten Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Eröffnung von Giro-Konten
zur Hebung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Holsten-Bank Abteilung Lübeck

Hauptgeschäft: Königstraße 57, Geschäftsstelle Schlachthof: Schwartauer Allee 67a.

Annahme von Spar-Einlagen zur Verzinsung.

Brotkartenausgabe.

1. Die Brotkarten für die nächsten 8 Wochen vom 28. Juni bis 28. August 1918 werden ausgegeben:

- in der Stadt und den Vorstädten mit Ausnahme der unter b) aufgeführten Stadtteile für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis F am Dienstag, 25. Juni von 9-11 Uhr
 - G, K, Mittwoch, 26. Juni vormittags u.
 - H, R, Donnerstag, 27. Juni 4-8 Uhr
 - S, Z, Freitag, 28. Juni nachmittags
- b) in den Stadtteilen Travemünde, Rücknig mit Herrenhof und Waldhufen, Schlutup, Dänischburg mit Siens, Molsling mit Genin und Buntkuh für die Verbraucher, deren Familienname anfängt mit den Buchstaben A bis H am Mittwoch, 26. Juni während der üblichen Geschäftskunden
- c) in den Landgemeinden an den Tagen vom 26. bis 28. Juni während der üblichen Geschäftskunden.

2. Für jedes Brot, das außerhalb der festgesetzten Tage und Tageszeiten abgeholt wird, ist eine Gebühr von 50 Pfg. zu entrichten. Dies gilt auch für die Landgemeinden.

Am Sonnabend, dem 29. Juni, können die Karten noch bei den Polizeiwachen abgeholt werden. Vom Montag, dem 1. Juli an sind die Brotkarten im Gebiet der Stadt und Vorstädte nur in der Ausgabe stelle, Königstraße Nr. 69, erhältlich.

3. Für Kinder unter 1 Jahr werden Brotkartenhefte nicht ausgegeben.

II. **Militärpersonen, und zwar:**
1. Offiziere und Militärbeamte,
2. Protokollbeamte, Einquartierte, Arbeitsunfähige usw.
erhalten ihre Brotkarten in der Stadt und den Vorstädten nur in der Geschäftsstelle, Königstr. 69.

III.
Für die Ausgabe der Brotkarten sind die bisherigen Ausgabestellen zuständig. Wer seit der letzten Brotkartenausgabe von auswärts zugezogen oder in einen anderen Brotkartenbezirk versetzt ist, hat dieses durch Vorlegung einer Bescheinigung des Meldeamtes nachzuweisen.

IV.
Die neuen Brotkarten werden nur gegen Rückgabe des mit Nummern versehenen Kopfes der alten Brotkartenhefte und gegen Vorzeigung der Lebensmittelkartenhefte oder der Lebensmittelkarte ausgegeben.
Die Abholung der Karten darf nicht durch Kinder unter 12 Jahren erfolgen.

V.
Wer den mit der Brotkartenausgabe beauftragten Beamten oder Gemeindevorstehern unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
Lübeck, den 21. Juni 1918. (2947) Das Polizeiamt.

Ausgabe von Brotkarten für Kinder unter einem Jahr.

1. Für die nächsten acht Wochen vom 29. Juni bis 28. August 1918 werden für Kinder unter einem Jahre Brotkarten über wöchentlich ein Pfund Brot oder 350 Gramm Mehl ausgegeben. Das Alter der Kinder ist durch Geburtschein, Taufschein, Impfschein oder sonstige Urkunden nachzuweisen.
Bei Stellung des Antrages ist das Lebensmittelkartenheft vorzulegen und der Kopf der abgelaufenen Brotkarte zurückzugeben.

2. Wenn das Kind das erste Lebensjahr vollendet hat, ist die Brotkarte für die auf den Geburtstag folgende Zeit an die zuständige Ausgabe stelle zurückzugeben. Nur gegen Rückgabe dieser Karte wird dem Kinde eine Hauptkarte erteilt.

3. Die Brotkarten werden vom 2. Juli 1918 ab während der üblichen Geschäftskunden ausgegeben:

- für die Stadt und die Vorstädte in der Ausgabe stelle des Polizeiamtes, Königstraße 69,
- für Travemünde durch die Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, für das übrige Eingemeindungsgebiet durch die zuständigen Polizeiwachen,
- für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Ein Anspruch auf Bewilligung der Brotkarte besteht in keinem Falle.

5. Wer dem mit der Ausgabe der Brotkarten betrauten Beamten oder Kopfen des Polizeiamtes oder den Gemeindevorständen irgendwelche unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
Lübeck, den 21. Juni 1918. (2952) Das Polizeiamt.

Ausgabe von Zusatzbrotkarten für schwangere Frauen.

1. Für die nächsten acht Wochen vom 29. Juni 1918 bis zum 28. August 1918 werden für schwangere Frauen Zusatzbrotkarten über wöchentlich ein Pfund Brot oder 350 Gramm Mehl ausgegeben.

2. Berechtigt zum Bezuge von Zusatzbrotkarten sind schwangere Frauen vom 5. Monat der Schwangerschaft ab, die hierzu eine Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme vorlegen.

Bei Stellung des Antrages ist das Lebensmittelkartenheft vorzulegen und der Kopf der abgelaufenen Brotkarte zurückzugeben.

3. Die Zusatzbrotkarten werden vom 2. Juli 1918 ab in den üblichen Geschäftskunden ausgegeben:

- für die Stadt und die Vorstädte in der Ausgabe stelle des Polizeiamtes, Königstraße 69,
- für Travemünde durch die Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, für das übrige Eingemeindungsgebiet durch die zuständigen Polizeiwachen,
- für das Landgebiet durch die Gemeindevorstände.

4. Wer unrichtige Bescheinigungen ausstellt oder unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50.000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
Lübeck, den 21. Juni 1918. (2953) Das Polizeiamt.

Warenausgabe

in der Woche vom 24. bis 30. Juni 1918.

1. Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

- | | | |
|-------------------|-------------|---|
| Butter: | Abchnitt 81 | 70 Gramm Butter zum Preise von 49 Pfg. |
| Speisefett: | 41-45 | 125 Gramm Zucker (bis zum 6. Juli 1918). |
| Speisefett: | 41-45 | 125 Gramm Zucker (bis zum 6. Juli 1918). |
| Müllensfabrikate: | 37 | 125 Gramm Mehl (Auszugware) zum Preise von 82 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund). |
| | 38 | 125 Gramm Morgentrant zum Preise von 45 Pfg. für 1 Paket von 250 Gramm. |
| Auflösungsmittel: | 30 | 250 Gramm Marmelade zum Preise von 92 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund), (soweit der Abchnitt in der vorigen Woche noch nicht eingelöst ist). |
| Eier: | 30 | zwei Eier (Auslandseier) zum Preise von 38 Pfg. für das Stück. |

Auf die Bezugsarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Müllensfabrikate und Auflösungsmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte bezeichneten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber für die Woche vom 24. Juni bis 30. Juni 1918.

- | | |
|-------------------|---|
| Ganze Wochenmenge | 70 Gramm Butter, 125 Gramm Zucker, 125 Gramm Mehl, 125 Gramm Morgentrant, zwei Auslandseier |
| Halbe | 35 Gramm Butter, 75 Gramm Zucker, 125 Gramm Mehl oder 125 Gramm Morgentrant. |

Die Ware darf nur in den auf der Rückseite der Karte bezeichneten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

3. Auf die Festzuschüsse für Schwerarbeiter. Abchnitt 57 55 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pfg.

4. Auf Butterbezugshefte: 7/8 der höchstzulässigen Bezugsmenge in Butter.

Lübeck, den 21. Juni 1918. (2958) Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In gegebener Veranlassung wird auf folgende Bestimmungen aufs neue hingewiesen:

1. Nach der Verordnung des Reichsanzlers über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 dürfen die Erzeuger bei dem Verkauf an der Erzeugerstelle (Wohnhaus) nur den Erzeugerpreis verlangen. Der Groß- und Kleinhandelspreis ist nur dann zulässig, wenn eine Mehrleistung erfolgt. (S. 146. Bekanntmachung vom 26. Mai 1917).

2. Die gleiche Verordnung des Reichsanzlers schreibt die Benutzung von Schlusscheinen bei jeder Abkretzung vom Erzeuger zum Großhändler und vom Großhändler zum Kleinhändler vor (§ 10 der Verordnung vom 3. April 1917) (Lübeckische Bekanntmachung vom 19. Mai 1917).

3. Die Kleinhändler haben bei allen von ihnen freigelegenen Waren in deutlicher, leibarer Schrift an der Ware selbst die Preise anzubringen. (Verordnung des Polizeiamtes vom 14. August 1917).

Jede Ueberschreitung dieser Vorschriften zieht die im § 16 der Verordnung vom 3. April 1917 angedrohten Strafen nach sich, auch ist eine Kontrolle jederzeit seitens der zuständigen Behörden zu erwarten. Deshalb sind alle Beteiligten, Erzeuger, Groß- und Kleinhändler, sowie auch Verbraucher zur strengen Einhaltung der Vorschriften verpflichtet.

Lübeck, den 22. Juni 1918. (2962) Landesstelle für Gemüse und Obst.

Martha Bull Paul Vocke
Verlobte. (2962) Stadt Karten: Gretel Matthiessen Franz Willert Verlobte Lübeck, Juni 1918. (2959) Für die vielen Kartenausgaben zu unserer Silber-Hochzeit danken herzlich (2949) Wilhelm Wienske u. Frau.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.
Am Mittwoch, d. 19. Juni, starb unser Mitglied, der Kollege **Karl Braasch.**
Seine feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, dem 24. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, an dem hiesigen Friedhof statt.
2961) Die Ortsverwaltung.

St. Bartrud-Böcherhalle
Sucht zum 1. Oktober ein großes Zimmer auf Markt. Angebote erbeten.
Travemünder Allee 12, 1. (2938)

Ein Gartenbau und eine Kuchenschleiferei zu verkaufen.
2963) Schuppenstr. 20 a.

Dr. Siering
zurück. 2946
Sprechstunde von 3-5 Uhr.
Sonntags 8-9 Uhr.
Herzlicher Sonntag, erst am Sonntag, 2. Juni 1918
Dr. Dr. Wadrig, Schlachthofstr. 17
Dr. Petersen, Bergstr. 16.
Dr. Dr. Raas, Markt Allee 2a.

Marie frisch Schwarzsauer
Karl Lahtz, Schlachthofstr. 14. (2945)

Schutzmarke.



Blockwagen, Wirtschaftswagen in allen Größen, bis 8 Zentner Tragkraft.
C. Bliesath Ww.,
Inhaber Carl Landwehr,
Sandstraße 9. (2942)

Tausende im Gebrauch, keine Reparaturen, geringe Abnutzung, leichter, geräuschloser Gang, wie Vollgummi, keine rostenden Teile, kein Anbohren der Felge. Prospekte kostenlos. Vertreter gesucht. Gen.-Vertr.f. Norddeutschland

Nicolaus Fleck,
Hamburg 3, Michaelisstr. 10.



Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtung
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
2939) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtg. stets
Fernsprecher 2734.

Trotz der Möbeldrappheit

finden Sie in meinen beiden Geschäften (2943) enorme Auswahl in neuen und gebrauchten Möbeln zu billigen Preisen. Schlafzimmereinrichtungen, Wohnzimmereinrichtungen, Kücheneinrichtungen sowie sämtliche einzelne Möbel.
Bereinigte Möbel-Kaufhäuser
Königstr. 73 (alte Döhrstr.), Süßtr. 47.

Naturhistorisches Museum.

Pflanzenausstellung.
Ausstellung von Wildgemütle.
Sonntag 11-4 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr. (2949)

Achtung Schlutup!

Morgen, Sonntag, d. 23. Juni, findet im Garten des Herrn Gehmilt Hildebrandt Großes Schimmelreiten u. Jungfernkorsfahrten statt. Das Aufschneiden der Jungfern findet um 4 Uhr statt. Hierzu ladet freundlichst ein
2955) H. Heiden.

HANSA-THEATER.

Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 Uhr:
Stolze Thea.
Sonntag, den 23. Juni, abends 8 Uhr:
Stolze Thea.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Fremden-Vorstellung:
Stolze Thea.
Montag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, zum letzten Male:
Stolze Thea.
In Vorbereitung: Schwarzwaldmädel. (2993)

Begrüßungsabend

aus Anlaß einer Großlogen-Gradeertheilung des **Deutsch. Guttemplerordens (I. O. G. T.) zu Lübeck** (auch für Nichtmitglieder) am Sonnabend, d. 29. Juni abends 8 Uhr

Marmorsaal (Stadttheaterbau).
Schriftleiter **F. Gösch,** Hamburg:
„Was fordert Deutschlands Zukunft?“

Karl Pündter, Lübecker Stadttheater: Dichtungen.
Viktor Messi, Lübecker Stadttheater: Gesang.
Einar Hansen, Hamburg: Violine.

Kapelle des Ers. Batl. vom Regt. 162. (2941)
Karten zu Mk. 2.— u. Mk. 1.— bei den Mitgliedern sowie im **Abstinenz-Café, Untertavel 100.**

Konzert

Zauberflöte.
Täglich Konzert.
Damenkapelle
Anfang 7 Uhr.
2956) L. Köck.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanislaus Fuchs. (2951)
Sonnabend, den 22. Juni 1918:
Anfang 8 Uhr:
Zum letzten Male:
Auf Wunsch:

Bachstelchen.

Volksstück mit Musik von Max Bertuch.
Sonntag, den 23. Juni 1918:
Nachmittags 3 Uhr:

Die Ehre.

Schauspiel von H. Sudermann.
Eintrittskarten zum Einheitspreise von 50 Pfg. sind noch an der Theatertasse zu haben.
Abends 7 1/2 Uhr:

Der fidele Bauer

Operette von Leo Fall.
Dienstag, den 25. Juni 1918:

Die fünf Frankfurter.

Lustspiel von Carl Rößler.
Mittwoch, den 26. Juni 1918:

Der fidele Bauer

Operette von Leo Fall.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Eine Rationierung der Wohnräume.

Ein Vorschlag zur Bekämpfung der Wohnungsnot.
Die behördliche Rationierung der Waren, die der gegenwärtigen Kriegswirtschaft ihren Stempel aufdrückt, verfolgt bekanntlich den Zweck, die Bedarfsbefriedigung der bemitteltesten Schichten zugunsten der unbemitteltesten Schichten einzuschränken. Würde die Möglichkeit des Kaufens und Verbrauchens der notwendigen Lebensmittel nicht beschränkt werden, so würden die zahlungsfähigen Kreise, bei denen die Warenpreise keine Rolle spielen, in der Lage sein, ihren Bedarf überreichlich decken zu können, aber für die Unterschichten, die nur eine geringe, knapp bemessene Kaufkraft besitzen, würde nichts übrig bleiben. Am ihnen einen Mindestanteil an den vorhandenen Vorräten zu gewährleisten, ist die Rationierung notwendig. Wendet man diesen Grundsatz sinngemäß auf das Wohnbedürfnis, besonders in den großen und mittleren Städten, an, so läßt sich nicht einsehen, weshalb man nicht auch das Wohnbedürfnis rationieren sollte.

Bekanntlich macht sich schon während des Krieges in den Städten ein zunehmender Wohnungsmangel bemerkbar, dem auf der anderen Seite ein zunehmender Wohnungsluxus entspricht. Während zahlreiche Familien sich mit engen, ungesunden Wohnräumen begnügen müssen, entwickelt sich in den durch den Krieg reich gewordenen Schichten ein wirkliches Proletariat, das neben anderen luxuriösen Gewohnheiten auch in dem Drang nach einer größeren Wohnung zutage tritt. Nach dem Kriege wird sich zweifellos der schon heute bestehende Wohnungsmangel zu einer richtigen Wohnungsnot ausbilden. Wenn erst die Hunderttausende von Männern im besten Lebensalter in die Heimat zurückkehren werden, werden viele Familiengemeinschaften, die infolge der Einberufung des Familienvaters aufgelöst worden sind, wieder zusammengefügt und überdies werden zahlreiche Familien neu gegründet werden. Das wird natürlich eine starke Nachfrage nach Wohnungen zur Folge haben, der erklärlicherweise ein ebenso starkes Angebot nicht gegenübersteht. Da der Wohnungsbau während des Krieges im großen und ganzen still gelegen hat, werden die nach Friedensschluß vorhandenen Wohnungen nicht ausreichen, um den Wohnbedarf zu decken, was unter Umständen für manche Städte zu einer Wohnungsnotkatastrophe führen kann.

Als Mittel gegen die drohende Wohnungsnot wird die tatkräftige Förderung des Wohnungsbaues vorgeschlagen. Es sollen, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, neue Wohnhäuser gebaut werden, wobei man sich nicht auf die private Bautätigkeit allein verlassen will, sondern auch Staat, Gemeinde und Genossenschaften in Bewegung zu setzen gedenkt. Auf diese Weise hofft man den Wohnungsbedarf allmählich decken und in absehbarer Zeit wieder normale Verhältnisse herbeiführen zu können. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man sich in dieser Beziehung täuschen wird. Die Knappheit der Baumaterialien und die daraus entspringende Verteuerung des Bauens wird ganz von selbst zu einer Verlangsamung der privaten und öffentlichen Bautätigkeit zwingen und obendrein wird sie zu einer Verwendung minderwertiger Ersatzstoffe nötigen, was mit Rücksicht auf die bald notwendig werdenden Reparaturen als ein volkswirtschaftlicher Schaden bezeichnet werden muß. Diese Schwierigkeiten und Hemmnisse werden es vermutlich verhindern, ausreichende, preiswürdige Wohnräume in genügender Menge zur Verfügung zu stellen, worunter vor allem Dingen die Arbeiter und kleinen Beamten leiden müssen, die mit jedem Pfennig zu rechnen haben. Es wird uns also nichts anderes übrig bleiben, wenn wir wirklich und durchgreifend Abhilfe schaffen wollen, als zur Rationierung der vorhandenen und noch zu bauenden Wohnräume zu schreiten, um dadurch den Wohnungsluxus auf der einen und die Wohnungsnot auf der anderen Seite einzudämmen.

Als erste Maßregel in dieser Richtung wäre zu empfehlen ein Verbot, neue Luxusbauten zu errichten, solange noch ein Mangel an kleinen Wohnungen besteht. Im Interesse einer ausgeglichener Gerechtigkeit erscheint es dringend notwendig, daß den Kriegsgewinnlern und Lebensmittelwucherern die Möglichkeit genommen wird, sich prunkvolle Wohnräume zu schaffen in einer Zeit, in der Familienväter und Familienmütter, die dem bedrängten Vaterlande schwere Opfer gebracht haben, durch die Straßen der Städte irren und vergebens nach Obdach für sich und die ihrigen suchen. Einen aufreizenderen Anblick kann man sich kaum denken, und darum bedarf diese Forderung keiner weiteren Begründung. Aber damit ist die Sache allein nicht getan, wir müssen dazu übergehen, mit der Rationierung der Wohnräume Ernst zu machen. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, und wenn ein ungeheurer Notstand die Gesundheit, Sittlichkeit und Leistungsfähigkeit eines Volkes in Gefahr bringt, wie es bei der kommenden Wohnungsnot zweifellos der Fall ist, so darf man auch vor den drastischen Mitteln nicht zurückzucken.

Als die Besatzungswilligen in Russland aus Ruheräumen, erließen sie ein Gesetz, wonach alle über eine dem notwendigen Bedarf entsprechende Zimmerzahl hinausgehenden Räume einer Wohnung abgegeben und der Regierung zur Verfügung gestellt werden sollten, die sie obdachlosen Familien überweisen wollte. Diese Maßregel, die selbst in einer bürgerlichen deutschen Zeitschrift „durchaus nicht so unberechtigt“ genannt wurde, verdient Nachahmung. Wie manches dringende Wohnbedürfnis könnte befriedigt werden, wenn auch die Wohnungen wie die anderen Lebensbedürfnisse rationiert würden. Kein vernünftiger Grund läßt sich dafür anführen, daß wohlhabende Leute einen sinnlosen Wohnluxus treiben, indem sie ihre Wohnräume nur teilweise und auch nur zeitweilig benutzen, während brave Arbeiterfamilien kein Dach über dem Kopfe haben. Komme man nicht mit der „Heiligkeit des Eigentums“ und der Achtung vor dem Besitz! Solche Begriffe werden zu leeren Redensarten in einer Zeit, in der, durch die herbe Notwendigkeit getrieben, der Staat alles Erreichbare beschlagnahmt zum Wohle der Allgemeinheit. Die Not unserer Zeit läßt sich nicht mit Halbheiten beseitigen, ein festes Zugreifen ist notwendig, Not bricht Eisen, und auch die dräuende Wohnungsnot wird das Eisen unserer starren Eigentumsverhältnisse brechen. Oder ist der Grund, daß das Wohl des Volkes höher stehen muß, als die Bequemlichkeit und das Luxusbedürfnis der Brocken, bereits in die Rumpelkammer geworfen? Es wird um Antwort gebeten.

Deutscher Reichstag.

Freitag, 21. Juni 1918.
177. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratsstische: v. Kühlmann, v. Payer.

Anträgen.
Abg. Bortjart (Volksp.) wünscht die Aufhebung des verhängnisvollen Belagerungszustandes in Ostpreußen.
General v. Wriesberg: Die Frage der Aufhebung des verhängnisvollen Belagerungszustandes wird erneut geprüft werden.
Abg. Dr. Südekum (Soz.) erwidert an das Todesurteil gegen drei Deutsche wegen Landesverrats in Genoa und an die Veranbarung deutscher wissenschaftlicher Forschungsinstitute in Italien und fragt, was der Reichsanwalt zum Schutze der verurteilten Deutschen sowie gegen die dem Völkerverrecht hochverräterische Vergewaltigung und Vernichtung unerschütterlicher Kulturgüter zu tun gedenkt.
Direktor im Auswärtigen Amt Krieger: Das Urteil gegen die Deutschen ist ein reines Tendenzurteil, das völlig unhaltbar ist. Auf unsern durch Vermittlung von Neutralen erfolgten Einspruch hat die italienische Regierung erklärt, die Erörterung eines gerichtlichen Urteils könne nicht zugelassen werden. Es scheinen

ihre aber selbst Bedenken gekommen zu sein, denn nach Zeitungsberichten hat der Kassationshof in Rom das Urteil aufgehoben und die Sache dem Kriegsgericht in Alexandria überwiesen. Leider ist daraus nicht zu ersehen, ob auch der die Deutschen betreffende Teil aufgehoben ist. Auf alle Fälle wird der italienischen Regierung eine Denkschrift mit Beweismaterial übermittelt werden. In betreff des zweiten Punktes ist die Ansicht, daß die italienische Regierung sich von einer ungeheuren ökonomischen Meinung gegen das wahre Interesse ihres Landes auf einen solchen völkerrechtswidrigen Weg drängen läßt, in der Tat nicht gering. Auch hier hat die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Regierung Einspruch erhoben. Die italienische Regierung darf sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß die deutsche Regierung nicht zögern wird, die Vergewaltigung der deutschen Reichsangehörigen und der deutschen wissenschaftlichen Institute mit den schärfsten Gegenmaßnahmen zu beantworten. Zu solchem bietet nicht nur die besetzte Fläche Italiens eine Handhabe, sondern auch der Umstand, daß wir eine Vereinbarung über den Austausch von Kriegsgefangenen mit Italien bis zur Erfüllung unserer Forderungen ablehnen werden. Eine solche Vereinbarung liegt fast ausnahmslos im Interesse Italiens und wird von Deutschland nur im Interesse der Menschlichkeit abgeschlossen. Zunächst aber will ich doch noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die italienische Regierung unsern Einspruch stattdessen wird. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Zentr.) bespricht sich über Härten und unberechtigte Eingriffe kriegswirtschaftlicher Organisationen in landwirtschaftliche Betriebe, speziell im Bezirk des Oberamts Biberach.
Staatssekretär Frhr. v. Braun: Die Kontrollen waren berechtigt, und speziell in Biberach um so notwendiger, als der Bezirk Biberach seiner Ablieferungsobligat nicht voll nachgekommen ist.
Abg. Erzberger (Zentr.) lechwert sich über die Verschiebung der litauischen Unabhängigkeitsfeier und darüber, daß die Vertreter des litauischen Landessrats weder zu der für die Verhandlungen notwendigen Reise nach Berlin, noch zu der ebenfalls notwendigen Reise nach München die Genehmigung erhalten haben.

Reichskommissar für die besetzten Gebiete des Ostens, Frhr. v. Falkenhäusen: Die Verschiebung der Unabhängigkeitsfeier ist vom litauischen Landessrat vorgenommen worden, er will sie im Juli veranstalten. Der Delegation ist die Reise nach Berlin nicht genehmigt worden, weil die amtliche Stelle noch mit Vorarbeiten beschäftigt ist und daher noch nicht in die Verhandlungen eingetreten werden kann.
Abg. Erzberger (zur Ergänzung): Zu den Vorarbeiten gehört auch die Bekämpfung des Bismarckmuseums in Wilna, und deshalb ist die Reise der Vertreter des Landessrates nach München zur Verhandlung mit der apostolischen Nuntiar in München notwendig. Wann wird diese Reise erfolgen können?
Reichskommissar Frhr. v. Falkenhäusen: Die Vertreter des Landessrates können jederzeit nach München fahren.
Abg. Simon (N. S.) führt Beschwerde über die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle, die das Fördern und Annehmen niedrigerer Preise als der öffentlich bekannt gemachten unterlag.

Ein Regierungskommissar: Es handelt sich bei diesen öffentlich bekannt gemachten Preisen nicht um Höchstpreise im Sinne der Verordnungen über Höchstpreise. Die Unterbreitung dieser Preise lag nicht im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung und mußte daher unterlag werden.
Es folgt die erste Beratung des

Friedensvertrages mit Rumänien.

Gröber (Ztr.) begrüßt diesen Friedensvertrag als ein glückverheißendes Ereignis. Im großen und ganzen ist Rumänien für seine Treueleistung eigentlich nicht schlecht weggekommen. (Sehr richtig!) Die bisherige Grenze Österreich-Ungarns hat sich als strategisch äusserst ungünstig herausgestellt und mußte deshalb geändert werden. In den Kriegsverhandlungen gehören auch die Entschädigungen der Hinterbliebenen der deutschen Soldaten, die in Rumänien in Gefangenschaft geraten und dort zu Tausenden dem Hungertode verfallen oder ermordet sind. Es ist eine Ehrenpflicht der deutschen Regierung, hier nicht bloß für die Entschädigung der Hinterbliebenen zu sorgen, sondern auch dafür, daß die rumänischen Schuldigen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die außerordentlich großen Vorräte an Lebensmittel von 3 bis 4 Millionen Mark, die wir in Rumänien vorgefunden haben, lassen uns nachträglich die Kriegserklärung Rumaniens fast als Glücksfall erscheinen, denn im Frieden hätten

Rosi zurflüß.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.
10. Fortsetzung.

Der Ruodi war den beiden Frauen bald nachgeschlichen, denn er verlangte danach, seine Braut und sich selbst aus dem Geräusch hinweg zu retten, hinaus in die stille Nacht. Der junge Mann war ein Stück von einem Künstler, ja, man dürfte ihn in seinem Fach wirklich für ein rechtes und ganzes Stück von einem solchen ansehen, und darum wies er sich seinem Gefühl, die häuerischen Hochzeitsfeier länger mit anzuhören, die, durch die Anwesenheit des frühzeitig weggegangenen Vaters nicht länger gesüßelt, drunten in der Stube laut geworden.

„Ihr habt jetzt einander, Kinder“, sagte die gute Zwißlbäuerin, sich die Augen trocknend. „Nun seht zu, daß ihr einander behaltet, bis in den Tod.“
Damit öffnete sie ihnen die Hintertür auf dem Gange neben dem Oberstübli, von wo eine schmale Stiege in den hinteren Hof hinabführte. Während die beiden da hinunterstiegen, blieb die Mutter in der Türschwelle stehen und küßte ein inbrünstiges Gebet, daß Gott den Weggang der Tochter aus dem Vaterhaus und ihren Eintritt unter das Dach des Gatten segnen möge.
Verstohlen eilten Bräutigam und Braut über den Hof, um keinen Blick auf sie zu ziehen und dadurch etwa die mutwilligeren Gäste zu einer unerwünschten lärmenden Geleitgebung zu veranlassen. Als sie dann durch den zwischen Scheune und Stallung gelegenen Gang ins Freie durchschlüpft und rechts hin abbiegend auf den zum Bädli führenden Weg gelangt waren, mächtigten sie ihre Eile.

Rosi blieb stehen und schaute nach dem väterlichen Gehöft zurück. Die Tränen, die ihr der Abschied von der Mutter in die Augen getrieben, zitterten noch an ihren Wimpern. Ruodi verstand, was seine Braut bewegte.
„Lieb's Rosi“, sagte er, „es tut dir weh, von der Zwißl wegzugehen.“
„Nein, Ruodi, nein“, versetzte sie, das Kopf von den Wimpern schüttelnd und dem Geliebten die Hand hinreichend. „s ist schon vorbei. Ich geh' ja mit dir und würde mit dir freudig bis ans Meer gehen, wenn du wolltest, und über das Meer.“
Man muß die Anhänglichkeit der Bergbewohner an ihre Heimat sowie das geheime Bangen kennen, das ihnen die Vorstellung vom Meer erregt, um die ganze Sinnigkeit dieser Betörung von Seiten Rosis zu würdigen.
Ruodi zog die Braut an sich, küßte ihr die Tränen Spuren von den Wangen und schlang seinen rechten Arm um ihren Nacken, während sie den linken um seinen Leib legte, und mit der rechten Hand seine linke festhielt.
So verschlungen, wandelten sie langsam den Pfad hinab.
Die Herbstnacht war ungewöhnlich mild und klar. In den letzten Tagen hatte der Frühling geweht und den Himmel aufgehellt.

Die Sterne zogen leuchtend in ihren ewigen Bahnen, und hinter der weißen Kuppe des Nighlhorus stieg prächtig der Mond herauf, seiner Balle zuwachsend.

Bei dem Stein am Wege, wo Rosi damals ausgeruht, als der Vater mit der frohen Botschaft zu ihr getreten, standen sie still.
„Lueg, Lieb's Mann“, sagte sie, „du weißt gar nicht, wie lieb mir der Stein da ist.“
Und sie erzählte ihm wieder, was er schon wußte und doch immer wieder gern hörte.
Dann gingen sie weiter durch die Stille, deren trünerische Magie durch das klingende Rauschen der stürzenden Bergwasser eher erhöht als gestört wurde. Sie empfanden den Zauber dieser Stube. Sie fühlten sich so leicht, so frei, so glücklich, daß sie meinten, es müßte schon sein, fort und fort durch die mondhele Einsamkeit so hinzugehen.

Im Bädli angelangt, hatten sie ihre stille Freude daran zu sehen, wie klar der Spiegel des kleinen Sees das Mondlicht widerspiegeln, und statt sich sofort links die Halde zum Käti hinan zu wenden, machten sie nach einem Umweg das Seesfer entlang, denn was hatten sie sich nicht alles noch zu sagen!
Sie plauderten fröhlich miteinander wie Kinder. Sie war samate, als müßte sie lügen, und ihm stieg ein Jodel in die Kehle. Jetzt lachten sie hell auf, ohne doch eigentlich zu wissen warum, und jetzt gingen sie wieder schweigend, eng Seite an Seite gedrückt, an dem schlafenden Wasser hin, auf dem die Mondstrahlen gautelten wie netzliche Träume von Liebe und Glück.

Der Felspalt, durch den der See seinen Ueberfluß nachwärts entlassen läßt, hemmte ihre Schritte. Da gingen sie zurück, nahmen einen Anlauf und sprangen Hand in Hand und mit Pöschel über den Spalt hinweg.
„Komm, Rosi“, sagte er, als sie am Fuße des Schuhkopfes stillstanden, „komm“, wir wollen noch da hinauf. 's muß schon sein, von da droben herab noch einen Blick auf das Tal zu werfen.“
Sie hatte ihm einmal gesagt, daß sie als Kind gar gern auf den Schuderkopf geklettert sei und von der Höhe des Felsens nach den schwimmenden Wasserfällen des Sees hinabgeblüht habe. Da hatte er ihr eine Ueberrrasung bereiten wollen, indem er in der letzten Zeit heimlich einen bequemen Felssteig auf die Höhe des Felssteigs, der auf seinem Grund und Boden stand, angelegt. Rosi merkte im Hinansteigen diese Freundlichkeit wohl und war gar angenehm überrascht, als sie droben auf eine neu angebrachte Bank antraf. Der Scheitel des Schuhkopfes war von der Natur abgeplattet und bestand der größere Teil dieser Fläche aus blankem Gneis, auf dem sich nicht einmal Moos ansetzen konnte. Aber etwas seitwärts hatten in den Felspalten Zwergföhren und Hagedornsträucher Wurzel geschlagen, und inmitten dieses Gebüßes hatte Ruodi die Bank hingezimert.

„Oh, du!“ sagte Rosi. „Das hast du mir zuliebe getan.“
„Wem sonst?“ entgegnete er.
„Da nimm, denn dafür sollst du einen Extraluß haben.“
Er war nicht blöde, und der durch das Aufschwergelugende Mond sah nicht nur diesen einen Kuß.
Sie setzten sich auf die Bank, und Rosi legte ihren Kopf an die Brust des teuren Mannes.
„Lueg“, Rosi,“ sagte er und deutete mit der Hand über den kleinen See hinweg nach dem Hügel, von dem die mondbegeglänzte Feuster des Rütli herüberstrahlten, „lueg, das ist jetzt dein Heim.“
„Ja, Ruodi, bei dir, bei dir!“
Und nun begann wieder jenes süße Geplauder mit allen seinen „Weißt du noch?“ und „Denkst du noch daran?“, womit Liebende so gerne all die frohen und traurigen Szenen des durchlebten Liebesdramas einander im Gedächtnis aufrufen.
Am längsten weikten ihre Erinnerungen bei der Stunde, wo sie einander zuerst gesehen und einander liebgewonnen hatten.
Das war jetzt zwei Jahre und einige Monate her. Damals dar drunten in Merongen ein jener „Schickchen“, das ist Schickchen, abgehalten worden, die zur Sommerzeit in der Schweiz so häufig sind. Dabei war auch der Zwißlbauer mit seiner Rosi erschienen und hatte das junge Weibchen, das, wie viele andere Weibchen im Berner, Nargauer und Solthurner Bier, den „Stuzer“ gar weidlich zu handhaben verstand, auf dem Schickchen sich vor vielen Schickchen hervorgetan. Der Ruodi, sonst ganz ein ruhiger Schick, hatte an jenem Tage nicht eben viele Nummern auf dem Hut gesteckt. Das machte, er lugte eifriger, viel eifriger nach der „medizineten“ Schickin als nach der Scheibe. Rosi ihrerseits mußte wohl auch den stattlichen Chaben mehr als einmal angestarrt haben. Denn wenige Tage darauf kam er nach Wädli herauf — nach altem Aberglauben, wie er im Dorfe jagte. Er war aber ganz nicht von wegen Altem, sondern von wegen Jungem gekommen, und auch Gelegenheit, die Rosi zu sehen und ihr zu sagen, daß es ihm hier oben ganz absonderlich gefalle, und daß er wohl wüßte, was er täte, wenn sie ihn bleiben ließe. Sie hielt ihn nicht gehen, soviel ist gewiß. Denn als während seiner Anwesenheit die Halde und der Grund im Bädli samt dem alten dort stehenden Hause zum Verkauf kam, tat der Ruodi das höchste Angebot und erhielt das Heimweihen zugesprochen. Nach einigen Wochen kam er wieder aus Hasli im Grund herüber und brachte eine Schar von Werkleuten mit. Das alte Haus auf dem Hügel wurde abgetragen und ein neues nebst Zubehör aufgebaut. Als es fertig stand und recht stattlich auf den See hinabschaute, fragte Ruodi — es war bei Gelegenheit der Windgellerer Kibbe (Kirchweih) — die Rosi zum erstenmal, ob sie sich wohl entschließen könnte, mit ihm in seinem Rütli zu wohnen. Sie hatte nicht nein gesagt, aber der Ruodi hatte doch noch lange allein in seinem neuen Hause leben müssen.

wie solche Mengen von Rumänien nie bekommen. Die Hauptsache wird sein, daß vertraglich festgelegt wird, daß Rumänien zu seiner alten deutschfreundlichen Politik zurückkehrt und dabei bleibt. — Wir beantragen Überweisung des Vertrages an den Hauptausschuß. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir haben alles getan, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Wir waren zu schwach dazu, wir konnten es nicht, und wir hielten es nun für unsere Pflicht, alles zu tun, um den Krieg so schnell wie möglich zu beendigen durch einen Frieden der Verständigung, durch einen demokratischen Frieden, der Dauer verpflcht. Wir haben unsere Pflicht in dieser Richtung getan, das wird niemand bestreiten können, in Deutschland sowohl wie außerhalb. Zwischen dem Ausbruch des Krieges und zwischen dem Beginn unserer Arbeit für den Frieden hat gerade eine einzige Nacht gelegen. Wir sind heilig wegen unserer Haltung angegriffen worden, wir sind immer verleumdet worden. Das alles hat uns nicht gehindert, sie fortzusetzen. Unsere Arbeit ist auch nicht vergeblich gewesen, belohnt nicht im Inlande nach den verschiedensten Richtungen. Einen der schönsten Erfolge erleben wir Mitte Juli vorigen Jahres, als die große Mehrheit des Reichstages alle Verleumdungen beseitigt hat und sich für einen demokratischen Frieden erklärte. Auch die großen Massen haben durchaus unsere Arbeit zu würdigen verstanden, und auch im Auslande arbeiten jetzt große Kreise für den Friedensgedanken. Wenn die Völker selbst über den Frieden zu entscheiden hätten, so könnten wir morgen in Friedensverhandlungen eintreten. Leider ist keines der am Kriege beteiligten Länder bereit demokratisch entwickelt, daß das Volk von entscheidendem Einfluß wäre. Am wenigsten ist das bei den Völkern der Fall, die sich so sehr viel auf ihre Demokratie zugute tun. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß England erst jetzt wieder unserem holländischen Genossen Troosters den Paß nach England verweigert. Die Regierungen wollen nichts wissen von einer friedlichen Verständigung, sie wollen es auf die Entscheidung durch die Waffen ankommen lassen. — Diese Entscheidung ist zum Teil gefallen und auf Grund dieser Entscheidung kam es dann zu den Verhandlungen in Brüssel, Triest und Bukarest. Daß diese Verhandlungen nicht allgemein befriedigen können, ist selbstverständlich. Dem mit Russland abgeschlossenen Frieden haben wir unsere Zustimmung leider nicht geben können. Wir konnten den Vertrag nicht billigen, obwohl wir den Frieden selbst natürlich wollten. Bei der Beratung des Friedens mit Rumänien handelt es sich um eine ganze Anzahl von Friedensverträgen, deren jeder einzelne von großer Tragweite ist. Es kommen nicht nur Grenzverträge in Betracht, sondern auch rechts- und wirtschaftspolitische Verträge. Deren Tragweite heute kein Mensch übersehen kann. Es kommen auch noch andere Gesichtspunkte in Betracht. Herr Gröber begrüßt mit Freuden die Abmachungen in bezug auf die religiöse Parität. Wir haben hier das größte Mißtrauen. Was man erwarten durfte, ist nicht erreicht, und die Herren vom Zentrum werden gut tun, ebenfalls das größte Mißtrauen zu zeigen. Ein Zustand sehr verdächtig ist die Regelung der Dobruđa-Frage. Wir sind der Meinung, daß eine gründliche Erörterung des ganzen Vertrages nur dann möglich ist, wenn über all die Dinge, über die Unklarheiten bestehen, wo Bedenken vorhanden sind, die beseitigt werden müssen, bevor eine gründliche Erörterung im Hauptausschuß des Reichstages stattfinden kann. Ferner ist es auch gar nicht möglich, den rumänischen Friedensvertrag zu behandeln, ohne Streitfragen zu werfen auf die gesamten Ostfragen, die sich an den rumänischen Friedensvertrag anhängen. Das heißt zu tun, hieße ich für töricht, es ist viel klüger, das mit der großen politischen Debatte, die am Montag beginnt, zu verbinden. Es muß alle die Ausdrücke im Hauptausschuß vorangegangen, wenn aus den Debatte hier etwas Entscheidendes herauskommen soll. Daher schicke ich mich dem Antrag Gröber zur Kommissionsberatung an. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Niemöller (Vnl.): Wir begrüßen den Vertrag wie jeden, der der Verbrüderung der Völker wieder die Wege ebnet. Wir hoffen, daß er eine geeignete Grundlage der Wiederannäherung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rumänien bilden wird. Eine ausführliche Beratung hatten wir im gegenwärtigen Moment nicht für angebracht und himmen der Kommissionsberatung zu.

Abg. Graf Westarp (Konsl.): Nicht die sozialdemokratische Friedenspolitik ist es gewesen, die uns den Frieden näher gebracht hat, sondern die Erfolge unserer Waffen. Der Friedensvertrag bringt unseren Verbündeten eine Reihe Erfolge, die auch wir begrüßen. 10 000 Quadratkilometer soll die Fläche betragen, die Ungarn zufällt; das würde der Größe Elsaß-Lothringens entsprechen. Wir nehmen an, daß es nun nicht mehr vorzukommen wird, daß Neckerungen überreicher Staatenmänner dahin aufgeführt werden können, als hätte für Deutschland nur ein annerkandener Frieden in Frage. Weniger befriedigend ist die Regelung der Dobruđa-Frage für Bulgarien. Die kleinen Völker stellen aus diesem Kriege lernen, daß wer von England trübselig sein will, daß der Frieden mit dem jetzigen König abgeschlossen werden mußte, liegt weder im Interesse des Landes noch im Interesse einer gedeihlichen Gestaltung unserer zukünftigen Beziehungen. Rumänien muß sich entscheiden, auch im Innern ernstlich aufzuräumen mit der furchtbaren Korruption, die es in dieser Krieg geführt hat. Jene Minister, die den Krieg erklärt haben, möge der Prozeß gemacht werden. Den Verdacht auf Kriegsverbrechen bedauern wir. Von diesem Dognia eines unbedingungslos Friedens hätten wir uns ebenso losmachen sollen, wie Österreich-Ungarn von dem Dognia des unnerkandenen Friedens sich losgemacht hat. (Sehr richtig! rechts.) Soll denn nicht immer die Grundlage der Friedensverhandlungen vom Juli 1917 sein? Gerade in diesem Falle wäre eine gründliche Kriegserklärung sehr angebracht gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Die Verbände gegen wehrlose deutsche Gefangene müssen strafrechtlich geahndet werden. Das hätte im Vertrage festgelegt werden müssen. (Bravo! rechts.) Der finanzielle Ruin der Petrograd-Verhandlung muß der allem dem Reiche zugute kommen. — Die Judenfrage hätte als innere Angelegenheit Rumäniens behandelt werden müssen. Ein eigentlich deutsches Interesse lag nicht vor, die Gleichberechtigung der Juden zu verlangen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Die rumänische Kriegserklärung bedeutete damals für uns die schwerste militärische und wirtschaftliche Befreiung. In dem Niederbruch Rumäniens vollzieht sich etwas wie ein Weingarten in der Weltpolitik. Die rumänische Kriegserklärung erschien uns damals auch als Niederbruch der deutschen Diplomatie. Die Erfahrungen mit Rumänien und Italien haben bewiesen, daß in Zukunft Bündnisse nicht mehr wehrmännische zwischen Dynastien und Staatsmännern sein dürfen. (Sehr richtig!) Eine ungenügende Kunde hat der Vertrag bei uns nicht ausgelöst. Das blieben zwei Fragen in der Debatte. Die berechtigten Ansprüche der Bulgaren auf die Dobruđa können schon in diesem Friedensvertrag erfüllt werden müssen. (Sehr richtig!) In der Königstrage stimmte ich dem **Abg. Graf Westarp** zu. Nach dem Königtum von Genua Gnade hat keine Verantwortung vor der Geschichte. Wir haben die Bestätigung, daß bei dem Beschaffenwerden dieser Dynastie Bukarest wieder ein neues Zentrum werden wird. Die wirklich deutschfreundliche Politik in Rumänien hat durch diese Wiederkehr der Dynastie geradezu ausgeschlossen von der ausschlaggebenden Mitwirkung an der Politik. (Sehr richtig!) — Von einem unbedingungslos Frieden kann man in der Praxis bei dem Frieden mit Rumänien nicht sprechen. (Sehr richtig!) Auf das Journal kommt es dabei weniger an. Strafrechtliche Sühne für die Vermeidung deutscher Gefangener — ein bauerliches Regiment in der ganz vertrieben werden — verlangen auch wir. (Bravo!)

Abg. Westarp (D. Fr.): Ich darf mich im Sinne der Debatte und dem der Kommissionsberatung zu.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich bedaure, daß der Staatssekretär nicht zu Beginn der Beratung die wichtigsten Gesichtspunkte der Verhandlung bei den Friedensverhandlungen auseinandergesetzt hat. Nach wie vor stehen wir, daß der Vertrag an eine Kommission geht, da noch viele Fragen des Vertrages, besonders

wirtschaftliche Fragen, der Klärung bedürfen. Unser Hauptwiderspruch gegen den Vertrag beruht darauf, daß es nicht ein Friede der Verständigung ist, sondern ein dem niedergeworfenen Feinde unter Ausnutzung der Macht aufgezwungener Friede, der auch direkte Annexionen enthält. Ob die Dobruđa bulgarisch werden soll, darüber muß unseres Erachtens die Bevölkerung der Dobruđa entscheiden. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Auch über das endgültige Schicksal Beharabiens sollte man die Bevölkerung selbst entscheiden lassen, nicht aber irgend welche Diplomaten am grünen Tische. Die Gleichberechtigung ist in dem Friedensvertrage nicht weitgehend genug; nicht einmal alle christlichen Sekten würden nach dem Wortlaut des Vertrages Gleichberechtigung genießen, z. B. auch nicht die Sekte, die der frühere Reichsfürst Michaelis angehört. (Heiterkeit b. d. U. Soz. Widerspruch des Abg. Mann (D. Fr.)) Auch den Juden wird nicht volle Gleichberechtigung gewährt; die nicht in Rumänien geborenen, sondern dort zugezogenen Juden sind von der Gleichberechtigung ausgeschlossen. Diese Widersprüche müssen noch vor der Ratifizierung des Vertrages beseitigt werden. — Man verlangt Bestrafung für die Menschenhändler gegenüber deutschen Gefangenen in Rumänien. Dem stimmen wir zu; aber wir verlangen, dasselbe auch gegen über entsprechenden Vorgängen in Deutschland. (Abg. Graf Westarp) Ich bedaure, daß dieser Vertrag abgeschlossen sei mit der Dynastie Hohenzollern — in Rumänien. (Heiterkeit b. d. U. Soz.) Wir meinen, daß die Dynastie überall Unheil anrichtet. Es wird im deutschen Reichstag abgedreht werden mit den Dynastien, die ihr Volk durch eine verheerende Politik ins Verderben geritten haben. Mit dem Hohenzollern in Rumänien fängt man an, und andere folgen nach. (Unruhe rechts.) Sie haben dazu aufgefordert, Graf Westarp, ich ziehe nur die Konsequenz aus Ihrer Forderung. (Abg. Graf Westarp: Das soll die Konsequenz sein, daß das auf andere Dynastien ausgedehnt wird! Und das läßt der Präsident zu?) [Das Präsidium führt Vizepräsident Paasche.] — Wir wollen keine Bestrafung fremder Völker, keine Herabsetzung von Nationalitäten in die Friedensverträge, sondern wir wollen Herstellung von Frieden und Freundschaft mit allen Völkern. Diese bis jetzt geschlossenen Friedensverträge sind nur Waffenstillstandsverträge, die spätere Kriege im Keime nicht löscht tragen. Wir verlassen uns nicht auf die Regierungen, sondern wir rechnen darauf, daß die Völker die Initiative ergreifen werden, um einen dauernden sozialistischen Frieden herbeizuführen. (Bravo! b. d. U. Soz.)

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich will nur auf die wichtigsten Punkte, die in der Debatte erwähnt worden sind, eingehen. Dazu gehört vor allem die der Nord-Dobruđa. Da dies tatsächlich die schwierigste von allen bei dem Friedensvertrag zu behandelnden Fragen war, die auch heute noch erhebliche Schwierigkeiten bietet, liegt mir daran, jetzt nochmals vor diesem Haupte programmatisch zu erklären, daß es niemals in der Absicht der Unterhändler und in der Absicht der verbündeten Regierungen gelegen hat, daß das Kondominium in der Dobruđa etwas anderes sein soll, als eine zeitweilige Maßregel, daß unter den verbündeten Mittelmächten darüber keinen Augenblick Zweifel bestanden hat, daß die Wünsche und Aspirationen unserer treuen und tapferen Verbündeten auf dies Land, mit dem historische und nationale Bande Bulgarien verbinden, nicht anzuzweifeln sind. Wir alle stehen auf dem Standpunkt, daß dies Provisorium keine natürliche Lösung dahin findet, daß den Wünschen des bulgarischen Volkes entsprochen, die Nord-Dobruđa mit Bulgarien vereinigt werde. Da es sich im vorliegenden Falle um Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Verbündeten handelt, von denen wir alle überzeugt sind, daß sie bei gutem Willen von beiden Seiten überbrückbar sind, so müssen wir, da uns beide Verbündete, Bulgarien und die Türkei, vollkommen gleich nahe stehen, sorgfältig alles vermeiden, was nach außen hin den Eindruck erwecken könnte, als begünstige die deutsche Politik, als begünstigen wesentliche Faktoren des deutschen öffentlichen Lebens die Wünsche und Aspirationen des einen auf Kosten des anderen. Jeder solcher Gedanken würde nur dazu führen, die von uns gewünschte baldige Lösung der Frage zu verzögern und zu erschweren. Die Frage der Nord-Dobruđa bezug derjenigen Kompositionen, welche unsere treuen türkischen Verbündeten im Falle einer Lösung dieser Frage im bulgarischen Sinne zusehen, hat die öffentliche Meinung beider Länder im hohen Grade erregt. Die öffentliche Meinung beider Länder verweigert noch heute mit gespannter Aufmerksamkeit jede Meinungsäußerung aus den großen befreundeten Staaten, der Mittelmächte. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich eine Neuheraussetzung des Abg. Stresemann nicht entgegentreten, aber sie interessiert. Er hat in seinem von genauer Sachkenntnis geprägten bereiten Ausführungen einen Satz gebraucht, der den Eindruck erwecken könnte, als bestände bei uns die Geneigtheit, zugunsten der bulgarischen Ansprüche auf die befreiten Gebiete der türkischen Bundesgenossen weniger Gewicht zu legen. Ich bin überzeugt, daß Herr Stresemann diese Interpretation ferngehalten hat, aber bei telegraphischer Verbreitung könnte ein solcher Irrtum entstehen.

Auf die Frage der Bestrafung der für die höchst beklagenswerten Gefangenengreuel schuldigen Personen will ich hier nicht eingehen. Auch das wird die Beratung im engeren Kreise mit Darlegungen von Seiten der Regierung begleitet werden können, die allen berechtigten Wünschen vollkommen genügen.

Es hängt aus den Verhandlungen ein gewisses auch nach dem Friedensschluß dauerndes Mißtrauen gegen Rumänien hervor. Sicher kann nach den Erfahrungen dieses Krieges ein volles ungetrühtes Vertrauen nicht sofort wieder Platz greifen. Die Kritik der öffentlichen Meinung werden auch weiter zuwartend der Entwicklung der Dinge in diesem früher befreundeten Lande gegenüberstehen müssen. Aber dies zuwartend darf nicht gekennzeichnet sein von einem ausgeprochenen Mißtrauen. Die Vorgeschichte des Krieges beweist einwandfrei, daß die Mehrheit des rumänischen Volkes widerwillig in den Krieg hineingetrieben ist von einer kleinen Schar teils leichtsinniger, teils verbrecherischer Politiker und Geldeismänner. (Abg. Ledebour (U. Soz.): Ganz wie in anderen Ländern auch! — Unruhe rechts: Zurück rechts: Wo denn? Höchstens in Amerika!) Das bisherige Verhalten des rumänischen Kabinetts, mit dem wir den Frieden abgeschlossen haben, gibt, soweit ich das übersehen kann, die Gewähr dafür, daß diejenigen Personen, deren Schuld bewiesen werden kann, zur Rechenschaft gezogen werden. Das muß geschehen aus dem freien Entschlusse des rumänischen Volkes heraus, ohne jeden Zwang eines Druckes von außen. Das gibt dieser Aktion nationaler Sühne erst ihren wahren Wert, denn von der Durchführung dieser Aktion wird es abhängen, wie auch in der breiten Öffentlichkeit der Fortgang der rumänischen Politik beurteilt werden wird. Ich glaube, die Ehre der des eben erwähnten Parlaments gibt in dieser Beziehung einen günstigen Ausblick für die Zukunft.

Abg. Ledebour will ich noch den letzten Ausführungen des Abg. Ledebour aus nachdrücklich entgegenstellen. Das Haus Hohenzollern hat von jeher vorbildlich mit dem Volk im innigen Verkehr gestanden. (Wachen b. d. U. Soz.) Ich glaube, daß in dieser Hinsicht kein anderer Deutscher anders als mit dem Gefühl von Verehrung und Dank zu unserem erhabenen Kaiser emporblicken kann. Die deutschen Parteien, insbesondere die Hohenzollern, stehen zu hoch, als daß Aufstellungen, wie wir sie eben zu unserem Bedauern und zur Genugung angehört haben, ihnen auch nur die geringste Befreiung können. (Wachen b. d. U. Soz., Bravo rechts.) Die Debatte schließt.

Abg. Stresemann (Natl.) (persönlich) bekämpft, daß er nicht die Meinung vertreten habe, man solle einen unserer Verbündeten auf Kosten des anderen bestrafen.

Abg. Graf Westarp (Konsl.): Ich weise zurück, daß Abg. Ledebour sich auf mich berief für seine Ausführungen, die wir geradezu als Schmach empfanden. (Wachen.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Der Staatssekretär hat den freundschaftlichen Versuch gemacht, mir keine Mißachtung auszubringen, weil er mir sachlich nicht erwidern konnte. Graf Westarps Anrede auf die rumänische Dynastie lautet ich mit Recht auf alle Rumänen ausbreiten einschließlich der preussischen. (Sehr. Bju-

Der Friedensvertrag mit Rumänien wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Der Gesandte, der Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer im Wege der Gnade niederzuschlagen gestattet, wird beauftragt angenommen.

Das Haus verlegt sich auf Sonnabend 1 Uhr. (Stat des Pensionfonds, Ergänzung des Besoldungsgesetzes.)

24. Generalversammlung der G.-E.-G.

Die 24. ordentliche Generalversammlung der Großen Konsumvereine Deutscher Konsumvereine tagte heute im Anschluß an den Genossenschaftstag im Gürtenich. Die Delegierten der Generalversammlung sind die gleichen wie die vom Genossenschaftstag, nur die Zahl der stimmberechtigten Vertreter ist geringer.

Den Geschäftsbericht erstattete Geschäftsführer **Berges** (Hamburg), der den gedruckten Bericht ergänzte. Nach dem Bericht liegt die Zahl der Mitglieder im Jahre 1917 von 874 auf 925. Das Warenzeichen der G.-E.-G. hat entsprechend dem fortwährend steigenden Druck auf das Wirtschaftsleben einen weiteren Rückgang erlitten. Der Warenumsatz stieg von rund 134 Millionen Mark auf 108 Millionen Mark zurück. Durch die Rationalisierung weiterer Waren wurde ein Rückgang im Umsatz der Läger um ungefähr die Hälfte herbeigeführt. Die im Lager Groß befindliche Kalkopaderei und Delabillerei wurden völlig stillgelegt. Der Warenbestand von genossenschaftlichen Organisationen stellte sich auf 5 304 820 Mk. gegen 6 694 920 Mk. im Vorjahre. In den Produktionsbetrieben der G.-E.-G. brachte das Jahr 1917 für einzelne derselben starke Umsatzrückgänge. Der Rückgang drückt sich nicht so sehr in den Wertzahlen, als in denen der hergestellten Erzeugnisse aus. Am stärksten davon betroffen sind die Seifenfabriken, die Zigarrenfabriken und die Kautschukfabriken. Der Mangel an Rohstoffen zwang diese Industrien zu tief einschneidenden Erzeugnissen aus. Am stärksten davon betroffen sind die Seifenfabriken, die Zigarrenfabriken und die Kautschukfabriken. Der Mangel an Rohstoffen zwang diese Industrien zu tief einschneidenden Erzeugnissen aus. Am stärksten davon betroffen sind die Seifenfabriken, die Zigarrenfabriken und die Kautschukfabriken. Der Mangel an Rohstoffen zwang diese Industrien zu tief einschneidenden Erzeugnissen aus.

Der Berichterstatter ging noch auf die öffentliche Bewirtschaftung ein und bemerkte dabei, diese hätte viel einfacher und besser durchgeführt werden können, wenn sie mehr nach kaufmännischen Grundsätzen geseit und die genossenschaftlichen Einrichtungen von vornherein zur Überzeugung herangezogen worden wäre. Hoffentlich gebe es bei der Übergangswirtschaft Besseres, es werde nicht nur durch die G.-E.-G. dabei zur Geltung zu bringen. Die G.-E.-G. ist an 16 Kriegsgesellschaften beteiligt.

Der Revisionsbericht gab **Bäcker** (Hamburg). Die Revisionskommission hat festgestellt, daß die Bilanz richtig ist und beantragt Entlassung der Geschäftsführer.

Nach einer kurzen Ausrede, in der die Förderung der Produktion als höchster Zweck durch die G.-E.-G. gewünscht wird, genehmigte die Generalversammlung die Jahresrechnung und entließ den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat. Der Reingewinn kommt, entsprechend dem Vorschlage der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates, zur Verteilung.

Als Revisor wurde Herr **Gauck** Stuttgart wiedergewählt. Für den verstorbenen Geschäftsführer **Wülfel**, dem der Vorstand einen ehrenvollen Nachruf widmete, wurde der bisherige Leiter der Seitenabteilung **Göbel-Niesl**, **Bekold**, als Geschäftsführer gewählt. Bei der Wahl des Aufsichtsrats wurden die amtierenden Mitglieder **Bäcker** (Hamburg), **Braun** (Gmünd), **Laujmann** (Hamburg), **Rögel** (Münster), **Schulze** (Halle) und **Bösch** (Kannstatt) wieder- und **Hans Bauer** (Münster) neu gewählt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. An die Tagung schloß sich die 6. Generalversammlung der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, in der mehrere interne Punkte erledigt wurden.

Aus dem Gerichtssaal.

Das eigene Kind ertränkt. Wegen Todschlags wurde vom Schwurgericht in Thorn das 20 Jahre alte Dienstmädchen **Mantha Seckl** aus Neugut, Kreis Kulm, das keine eigene zwei Jahre alte Tochter in einem Teiche ertränkt hatte, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Ein folgenschweres Explosionsunglück hat sich gestern gegen 11 Uhr vormittags in einem Filmbetrieb in Berlin ereignet. In der südlichen Friedrichstraße ist in einem neuen Geschäftshause im ersten Stockwerk die Bioskop-Film-Gesellschaft untergebracht, während die oberen Räume von einer Telefongesellschaft eingenommen werden. Nach einer furchtbaren Detonation schossen aus den Fenstern des ersten Stockwerks haushohe Stichflammen hervor. Die in den betreffenden Räumen beschäftigten fünfzehn Personen wurden sämtlich verbrannt. Über die nähere Entstehungsurache konnte noch nichts festgestellt werden. Ein Mann und zwei Frauen sprangen mit schweren Brandwunden bedeckt auf die Straße. Sie wurden gleich in das Urban-Krankenhaus geschafft. Die Personen in den oberen Stockwerken mußten über Leitern in Sicherheit gebracht werden. Etwa acht Personen sind schwer verletzt. Die meisten konnten aus den hinteren Ausgängen das Freie erreichen. Wahrscheinlich ist die Entzündung von lose umherliegenden Filmen entstanden. Sämtliche Räume des vier Stockwerke hohen Geschäftshauses sind vollständig ausgebrannt. Nach einer späteren Meldung hat die Katastrophe, wenn die Aufräumarbeiten nicht noch weitere Leichen zutage fördern, insgesamt 17 Todesopfer gefordert. Davon kamen 15 in den Flammen um, während noch 2 ihren furchtbaren Brandverletzungen im Krankenhaus erlagen. Leider ist das Befinden der Schwerverletzten so ernst, daß mit weiteren Todesfällen zu rechnen ist.

Im Spiele erschossen. Beim Spielen mit einem Leßling wurde der 18 Jahre alte Lehrling **Siegfried Lindemann** in Stäglich von einem anderen jungen Manne, der in demselben Hause wohnt, erschossen.

Schweres Straßenbahnunglück. In **Mühlheim a. N.** entgleiste ein vollbesetzter Straßenbahnwagen und stürzte eine hohe Böschung hinunter. Sieben Personen wurden verletzt, viele davon schwer.

Sturmverwüstungen in Oberbayern. Bei Taeding im Bezirk **Lauten** an der Salzach in Oberbayern hat, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet wird, ein Jpslon große Verwüstungen angerichtet. Bäume wurden enturzelt, Dächer abgeweht und weit fortgeschleudert. Das Unwetter dauerte nur wenige Minuten.

Verantwortlicher Redakteur: **Johannes Stelling**.
Berleger: **J. H. Schöw**, Druck **Friedr. Neuer & Co.**
Sämtlich in **Lübeck**.